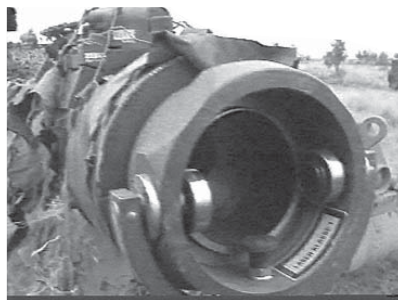


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Die Bundeswehr übt



töten und sterben

Seite 3/4



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Deutschland macht mobil, was macht die SPD?	3
IG Medien: Widerstand gegen den Lauschangriff	5
Gefängnis für Herri-Batasuna-Vorstand	5
Erstaunliche „Altschulden“ im Osten	6
Studentischer Forderungskatalog ..	7

Auslandsberichterstattung

USA: Die neue Wende in der US-Arbeiterbewegung	8
Frankreich: Staatsbürgerschaftsgesetz in Diskussion	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Hamburg: „Freiheit für die politischen Gefangenen“	13
Mannheim: Ein schwarzer Dienstag für Bürgerrechte	14
Essen: Abstimmung gegen Eurofighter	15
Freiburg: Kirchenasyl geht weiter	15
Weitere Deindustrialisierung im Osten	16
Mecklenburg-Vorpommern: Grundrechte bleiben auf der Strecke ...	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Sachsen: Rekord bei Bauunfällen ..	18
Post AG: Gruppenarbeit in den Filialen	19
VW: Betriebsratskandidaten durch die Basis aufgestellt	20
Opel: Druck auf Persönlichkeitswahl erhöhen	20
Tarifpolitische Tagung der IG Metall	21

Diskussion und Dokumentation

<i>In und bei der PDS</i>	22
Berlin: „Petra Pau strahlte“	22
Konferenz „Wir wollen PDS auch im Westen“	23
Kampf der sans papier in Frankreich	24

Letzte Seiten

Nazi-verbrecher: Dieser Mann muß vor Gericht gestellt werden	26
Ausstellung in Mannheim: Politische Kunst	27
Termine	28

IN BONN RENTE FÜR DIE

AKTUELL ZWANGSARBEITER: Der Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für osteuropäische ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen unter dem NS-Regime, die auch noch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland entrichtet haben, wenigstens ab sofort eine geringfügige pauschale monatliche Rentenleistung vorsieht. Dies sieht ein Antrag der Grünen vor, den diese im Bundestag eingebracht haben (Ds. 13/9218). Bisher erhalten diese Personen u.a. deshalb keinerlei Geld, weil noch keine Sozialversicherungsabkommen mit den Staaten in Osteuropa abgeschlossen wurden. Wegen ihres hohen Alters sei den überlebenden Zwangsarbeiter/innen nicht zumutbar, weiter auf solche Abkommen zu warten, so die Grünen. Nach ihren Berechnungen leben in Osteuropa noch ca. 1 Million dieser Überlebenden der NS-Zwangsarbeit, bei monatlichen pauschalen Renten von 20 bis 25 DM entstünden Kosten von 250 Millionen DM im Jahr, so die Grünen.

ALTSCHULDENGESETZ ÄNDERN:

Mit einer Änderung des Altschuldengesetzes will die SPD-Fraktion erreichen, daß Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften in den neuen Ländern unter bestimmten Bedingungen von der Pflicht zur Privatisierung von Wohnungen befreit werden können (Ds. 13/9181). Bisher müssen diese Gesellschaften einen Teil ihrer Privatisierungserlöse an den Erblastentilgungsfonds abführen. Die SPD will sie nun von der Privatisierungspflicht u.a. dann befreien, wenn die Wohnungsgenossenschaften in ihrer Region eine Leerstandsquote von über 10% und eine Arbeitslosenquote von 20% haben, oder wenn sie wegen wenig Wohnungen (unter 400) bei Privatisierung in ihrem Bestand gefährdet sind, oder wenn sie ihren Mitgliedern ein vererbbares, dinglich gesichertes und dauerhaftes Wohnrecht zusichern. Nach jüngsten Angaben der Bundesregierung sind von den 1993 zur Privatisierung vorgesehenen 352.000 Wohnungen im Osten erst 60% verkauft, wobei kommunale Unternehmen eine Quote von 73% erreicht haben, Genossenschaften dagegen nur 36%.

KLAGE GEGEN ENERGIEGESETZ:

Wenn die Bundesregierung daran festhält, daß das Ende November im Bundestag verabschiedete Energiegesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, will die SPD-Fraktion im Bundestag vor das Verfassungsgericht ziehen. Das kündigte SPD-Sprecher Volker Jung an. Die Reform beschneidet u.a. den Gemeinden das Recht, ihre Energieversorgung zu regeln, von Grünen wird u.a. kritisiert, daß eine klare Vorrangregelung für umweltschonende Energie fehlt. Das Gesetz verpflichtet die Energieversorger,

künftig auch fremden Strom durch ihre Leitungen zu schicken, und erlaubt den Stromabnehmern (regionalen Stadtwerken o.ä.), ihre Lieferanten frei zu wählen. Laut Rexrodt soll so die Konkurrenz auf dem Strommarkt verstärkt werden. Der energiepolitische Sprecher der PDS, Rolf Köhne, dazu: „Mit dem „verhandelten Netzzugang“ werden die Stromriesen nunmehr explizit aufgefordert, Modalitäten und Kosten zur Benutzung der Stromtrassen selbst festzulegen. Dies wird zu einer weiteren organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Verflechtung der Konzerne auf Grundlage einer gemeinsamen Nutzung der Stromtrassen führen. Konsequenz ist eine weitere Konzentration und Zentralisation in der Energiewirtschaft. Kartellbehörden werden dem kaum noch etwas entgegensetzen können.“ Stromkonzerne haben bereits Preissenkungen angekündigt - aber nicht für Haushalte, sondern für industrielle Großabnehmer.

RAF-SONDERGESETZE ABSCHAF-

FEN: Am 4. Dezember haben die Grünen im Bundestag einen Antrag eingebracht, die „RAF-Sondergesetze“ zu revidieren. Ihr Abgeordneter Gerald Häfner: „Diese Sondergesetze schränken auch heute noch die Rechte von Beschuldigten, Angeklagten, Verurteilten und Strafverteidigern in unerträglicher und rechtsstaatswidriger Weise ein. Darüber hinaus wurden und werden gegenwärtig auch noch diejenigen kriminalisiert, die sich öffentlich mit der Aufarbeitung dieses Kapitels deutscher Geschichte auseinandersetzen. Die Verabschiedung dieser Gesetze war zu keinem Zeitpunkt notwendig und akzeptabel und kein geeignetes Mittel, terroristische Aktivitäten zu verhindern. ... Gesetze wie der §129a StGB kriminalisieren Handlungen, die weit vor dem Stadium strafbarer Handlungen liegen, das bloße Publizieren zum Thema RAF hat immer wieder dazu geführt, daß Redaktionsräume durchsucht und Publikationen beschlagnahmt wurden. Die Isolation der Gefangenen nach dem Kontaktsperregezet verstößt nicht nur gegen die Menschenwürde, sondern führte zu Solidarisierungseffekten, die eine Reflexion über die Taten erheblich erschwert und verzögert hat. ... Deshalb bringen wir heute einen Antrag in den Bundestag ein, der zumindest die Streichung des §129a StGB, des Kontaktsperregesetzes, des Verbots der Mehrfachverteidigung und des Kronzeugengesetzes vorsieht.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am

10.12. berät der Bundestag über EU- und Verkehrspolitik, über Anträge der Grünen zur Ächtung von Landminen und zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeiter/innen. Am 12./13.12. ist EU-Gipfel in Luxemburg über „Agenda 2000“ und Osterweiterung. Am 15.12. will die NATO die „Osterweiterung“ beschließen. Am 18.12. ist Ministerpräsidenten-Treffen mit Kohl über die BAFöG-Reform.

Deutschland macht mobil, was macht die SPD?

In den sechziger Jahren trat die SPD in einer großen Koalition ein. Sie opferte dabei ihren Widerstand gegen die Notstandsgesetze und gegen die Remilitarisierung, aber sie forderte gleichzeitig eine neue Ostpolitik ein. Die Beschlußfassung des jüngsten SPD Parteitags zur Außen- und Sicherheitspolitik ist demgegenüber einfaches Nachgeben.

Wollte die SPD mit den Bündnisgrünen regieren, so müßte sie versuchen, die Kritik an der Militarisierung der internationalen Beziehungen in eine konzeptionelle Alternative zu bringen. Das wäre auch möglich. Die Zivilisierung dieser Beziehungen unter der freilich weit in die Zukunft weisenden Devise: „Deutschland muß Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten werden“ ist auch als Reihe kleiner konkreter Schritte zu denken und zu formulieren. Wenn aber die SPD auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik einschwenkt, sind damit die Weichen in Richtung einer großen Koalition gestellt.

Zwei Bestandteile, die SPD-Politik mit deutschem Großmachtinteresse legieren, sind besonders herauszuheben. Der eine ist die Forderung nach einem ständigen Sitz der BRD im UN-Sicherheitsrat. Der andere ist die Zusage, sich „Operationen mit dem Recht auf Erzwingung“ nicht generell widersetzen zu wollen. Beides gehört zusammen. Gegen ständige Mitglieder des Sicherheitsrates greift das Recht auf Erzwingung nicht,

sie haben das berühmte Veto. Und vermittels einer dauernden Beteiligung im Sicherheitsrat kann eine Macht die anderen im Gange der weltpolitischen Krisen abtasten und austüfteln, wo sich was im eigenen Interesse erzwingen ließe. Die SPD hat in ihrer politischen Tradition immer gemeint, der gefährliche deutsche Nationalismus ließe sich durch internationale Vereinbarungen und Institutionen entschärfen. In dem Satz „Deutschland wird einer Einladung, ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates zu werden, folgen, da ein gemeinsamer europäischer Sitz derzeit nicht erreichbar ist“ (siehe Dokument) steckt eine gefährliche Wendung der SPD hin zum unverblümten nationalen Interessenstandpunkt.

Wer dem deutschen Staatswesen ein „Recht auf Erzwingung“ zugesteht, gesteht ihm auch zu, sich geeignete Mittel zu besorgen. Das erklärt die Schwäche der SPD in der Eurofighterdebatte. Hier wird nur von der Belastung des Staatshaushaltes durch diese Neurüstung geredet. Andere halten dagegen, daß durch diese Ausgaben sog. hochqualifizierte Arbeitsplätze entstünden, daß man ein anderes Gerät anderswo kaufen müsse, was so gesehen noch teurer wäre usw. usf. Und wer von Rüstungskonversion sprechen möchte, kann sich gleich abmelden lassen, denn das wäre auch nicht billig, vielleicht sogar noch teurer. Am Ende konnte die SPD-Bundestagsfraktion in

der Eurofighterdebatte die Abstimmung freigeben. Weil der Zusammenhang zu den grundsätzlichen friedenspolitischen Zielen, die in der SPD Mitglieder und Wähler zusammenhalten, zerrissen war, war das auch nicht mehr so wichtig. Die Kontroverse stand zwischen Arbeitsplätze hier und Sozialausgaben da.

Dem Staatssekretär Wilz blieb es vorbehalten, in der Eurofighterdebatte die tatsächlichen Zusammenhänge herauszuarbeiten:

„Die Luftwaffe muß mit einem modernen und leistungsfähigen Jagdflugzeug ausgerüstet werden. Dies verlangen die Verantwortung für Deutschlands Sicherheit und für unseren Bündnisbeitrag und vor allem die Verantwortung gegenüber der Truppe im Einsatz.“

Die deutsche Luftwaffe hat im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung sowie der Krisenreaktion ein breites Aufgabenspektrum abzudecken. Luftgestützte Waffensysteme haben dabei im Frieden die Funktion, den Luftraum zu kontrollieren und die Lufthoheit zu wahren.

In Krise und Krieg stellen sie den Raumschutz insbesondere dort sicher, wo es keine Abdeckung durch bodengebundene Systeme gibt. Nur Jagdflugzeuge können eine lageangemessene flexible und variable Schwerpunktbildung im Gesamtluftverteidigungssystem gewährleisten. Unter den Luftverteidi-

DOKUMENT UNTERM STRICH: AUS DER SPD-PARTEITAGSENTSCHLIESSUNG ZUR AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

... Die Reform der VN (Vereinte Nationen) wird nachdrücklich unterstützt. Dabei geht es um erweiterte Kompetenzen in Wirtschafts-, Entwicklungs-, Sozial- und Umweltfragen, die Effizienz der Arbeit in den VN-Gremien, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Sicherheitsrates, das Finanzsystem und die Aufwertung der internationalen Gerichtshöfe.

Die Vorschläge zum Einsatz von präventiven Maßnahmen durch die VN, die in der „Agenda für den Frieden“ und in den Schlußklärungen der Weltgipfel-Konferenzen dieses Jahrzehnts gemacht worden sind, werden von uns mit Nachdruck verfolgt.

Deutschland wird einer Einladung, ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates zu werden, folgen, da ein gemeinsamer europäischer Sitz derzeit nicht erreichbar ist. Um neue regionale Ungleichgewichte zu vermeiden, müssen neue ständige Sicherheitsrats-Sitze für Asien, Lateinamerika und Afrika geschaffen werden.

VN-Blauhelm-Einsätze sind unter den richtigen Rahmenbedingungen vor Ausbruch oder nach Beendigung von Kampfhandlungen ein erfolgreiches Instrument der Friedenssicherung. Wir wollen den Abschluß von Stand-by-Abkommen für reine Blauhelm-Missionen,

damit die VN in die Lage versetzt werden, vorausschauend zu planen, präventiv zu handeln und schnell und wirksam zu reagieren. Wir sind bereit, dafür ein Bundeswehr-Kontingent zur Verfügung zu stellen. Das Instrument nichtmilitärischer internationaler Polizeieinsätze nach Herstellung eines Waffenstillstandes soll zur Schaffung einer stabilen Ordnung nach kriegesischen Auseinandersetzungen entwickelt und genutzt werden. Das Gewaltmonopol der VN darf nicht angetastet werden. Daher bedürfen militärische Zwangsmaßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens, wenn die VN diese Aufgabe aus eigener Kraft nicht erfüllen können, in jedem Falle eines Mandats des Sicherheitsrates. Die SPD wird sich jeder Aufweichung dieses Grundsatzes widersetzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Teilnahme der Bundeswehr sowohl an Blauhelm-Missionen als auch an Einsätzen mit Erzwingungscharakter für verfassungsrechtlich zulässig erklärt. Blauhelmeinsätze erfordern neben einem Mandat der VN das Einverständnis der Beteiligten. Zwangsmaßnahmen können auch gegen den Willen der Betroffenen durchgesetzt werden. Es ist Sache des Deutschen Bundestages, im Einzelfall zu entscheiden, ob er einer Beteiligung

der Bundeswehr an der Umsetzung eines VN-Mandats zustimmt.

Bei ihren Entscheidungen wird die SPD in jedem Einzelfall prüfen, ob ein eindeutiges, auch politisch stimmiges Mandat vorliegt, ob vor Operationen mit dem Recht auf Erzwingung alle nicht-militärischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind und ob der friedenssichernde Charakter der Maßnahme unbezweifelbar ist. Berücksichtigt werden müssen ebenfalls mögliche politische Hinderungsgründe, die speziell Deutschland betreffen, das Ausmaß des Risikos für die beteiligten Soldaten und die tatsächlichen praktischen Möglichkeiten. Grundwehrdienstleistende dürfen außer zur Bündnisverteidigung zu Auslandseinsätzen nicht herangezogen werden. Außerdem muß ein Zeitrahmen für die Maßnahme festgelegt werden. Grundsätzlich gilt: Jedes militärische Eingreifen zur Beendigung von Kampfhandlungen muß in eine zivile Begleitstrategie eingebunden sein. Eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten der VN legt eine Stärkung regionaler Abmachungen im Sinne von Kapitel 8 der VN-Charta nahe. Die bereits bestehenden regionalen Sicherheitssysteme oder Ansätze zu ihrer Schaffung sollen unterstützt und gefördert werden.

Quantensprung: Die Bundeswehr übt töten und sterben, was ist da schon neu? Warum nennt's der Staatssekretär „Quantensprung“ und der Truppenoffizier eine „neue Qualität in der Ausbildung“? Die nebenstehend mit Originaltext und -bildern dokumentierte Fernsehnachricht gibt dazu Hinweise. Simulationsverfahren, wie sie auch aus Computerspielen bekannt sind, verbinden monotone, auf Effizienz gerichtete Trainingsverfahren mit emotionaler Sensation. Vom Manöverschiedsrichter für „tot“ erklärt zu werden, ist immer albern. Die Simulation von Waffenwirkung verknüpft die öde technische Einübung von Handgriffen mit dem Jagderlebnis. Die Hemmung zu töten wird heruntergefahren. Auch bleiben Treffen und Ausschalten nicht im Bereich eines ekligen Spiels. Abschießen bringt Beförderung. Wenn am Ende der Abtransport der Toten geübt wird, das Fernsehen bringt es groß, ist die neue Qualität klar. Die Verrohung, die sonst erst der wirkliche Einsatz bringt, wird abrufbar vorproduziert.

„... Schließlich machen wir mit dem Gefechtsübungszentrum des Heeres auf dem Truppenübungsplatz Altmark unter Nutzung modernster Technik einen Quantensprung in der Ausbildung unserer Verbände. Die Simulationstechnik des Heeres liegt international an der Spitze.“ Staatssekretär Wilz in der Eurofighterdebatte im Bundestag.

... dieser Panzer muß ausscheiden. Die neue Technik auf dem Manöverplatz Altmark zeigt exakt die Verluste ...



... „Fahrer tot. Kommandant tot. Richt- und Ladeschützen leicht verletzt.“ ...

„Durch den Einsatz von Simulatoren, die den scharfen Schuß ersetzen und die entsprechenden Besatzungen die Waffenwirkungen simuliert spüren lassen, haben wir eine Ausbildung neuer Qualität.“



Was mit scharfer Munition unmöglich ist, erlauben diese Laserkanonen. Die Gegner nehmen einander ins Visier. Sensoren registrieren unbestechlich jeden Schuß. Alle Daten werden in der Leitzentrale gespeichert und ausgewertet. Faule Ausreden in der Manöverkritik ziehen da nicht mehr.



Die 330 Mio. DM, die die Bundeswehr für die Gefechtssimulation in Kollwitz ausgeben will, zeigen so: seit dem Bosnien-Einsatz ist der Ernstfall für die Truppe mehr als bloße Theorie.



➔ gungsmitteln sind nur Jagdflugzeuge im gesamten Spektrum von Frieden bis Krieg gleichermaßen einsetzbar.

Schon auf Grund der andauernden Proliferation von Waffen und Technologie wächst das Risiko von Luftangriffen nicht nur im Rahmen der Krisenreaktion, sondern mittel- bis langfristig auch für Deutschland oder Europa selbst.

Der Schlüsselbegriff lautet: in Krise und Krieg. Militärmacht wirkt lange vor dem ersten Schuß. Die Möglichkeiten zur gewaltsamen Intervention strukturieren die Politik der potentiellen Täter und Opfer. Auf der BRD-Täterseite greifen die Interessen der investierenden Wirtschaft immer weiter hinaus. Diese Interessen müssen vor Ort durch willfährige Regierungen abgesichert werden, und solche bilden sich, weil man auf auswärtige Investoren Hoffnung setzt. Verlassen solche Hoffnungen, brauchen die Investoren Schutz und kommt es darauf an, daß die Interessen der Investoren geschützt werden können. Besteht auf der Seite der Investorländer militärische Übermacht, sind die Chancen für den Erhalt willfähriger Regierungen besser. Aber wo

Drohung mit Gewalt im Spiel ist, muß wirkliche Gewalt möglich sein. Im klassischen Imperialismus sprach man von Kanonenbootpolitik. Für den modernen Interventionskrieg braucht man schneller Mittel. Die Beweglichkeit Erzwingungsverbänden hängt an der Lufttransportkapazität und diese ist nicht nur eine technische Frage. Große Flugzeuge sind große Ziele. Sie sind aus der Luft und vom Boden her leicht angreifbar. Es geht um den „Raumschutz insbesondere dort, wo es keine Abdeckung durch bodengebundene Systeme gibt“.

Die linke Öffentlichkeit der BRD ist gegen die Rüstungsvorhaben des Staates beinahe wirkungslos, weil sie den wirklichen Zusammenhang nicht kritisiert. Sie kritisiert sie nicht, weil sie zu der Übervorteilung der minder entwickelter oder geschwächer Volkswirtschaften durch entwickeltere oder einfach stärkeren unschlüssig oder auch schon komplizenhaft schweigt. Unschlüssig, sofern viele Leute hoffen wollen, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft heute bestehenden Ungleichheiten schon mildern wird, komplizenhaft, wo dieser Glaube

verschwunden ist.

Komplexe Zusammenhänge treten in die Diskussion moderner Gesellschaften durch kurze, sinnbildliche Geschichten. Die kurze Geschichte vom gewalttätigen Neonazi Röder, der vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg einen Vortrag über die Regermanisierung Ostpreussens durch deutschstämmige Siedler hält und dem zugleich das Verteidigungsministerium ausgemustertes Material zur Förderung solcher Aktionen überläßt, stellt das Problem als Rätsel, und mögliche Antworten auf dieses Rätsel sind unangenehm und kratzig.

Deutschland will was nicht das seine ist. Handel, Wandel und Rendite reichen ihm nicht. Es geht um Export von Deutschtum, um Posten für Deutsche, um Brückenköpfe. Deutsche Menschen in einem Meer von potentiellen Feinden brauchen Schutz und Schirm. Das Militär muß sich auf diese Aufgabe einstellen. Braucht Waffen und braucht Menschen, die funktionieren. Braucht einen Kultus des Tötens und des Sterbens. Braucht Nazis.

maf

Widerstand gegen den Lauschangriff

Wegen anhaltendem Widerstand, u.a. in der IG Medien, dauern die Verhandlungen zwischen Regierung und SPD über den Lauschangriff noch an. Die ursprünglich für den 11. Dezember geplante Verabschiedung im Bundestag ist nun auf die erste Sitzungswoche im Januar, vom 10. bis 16. Januar, verschoben. In den Bundesrat käme das Verfassungsänderungspaket damit Mitte Februar. In der IG Medien liefen bei Redaktionsschluß Vorbereitungen u.a. für einen offenen Brief von Journalist/innen an den Bundestag gegen den geplanten Lauschangriff. Hier ein Protest des IG-Medien-Vorsitzenden Hensche:

Hensche spricht von Großangriff auf die Pressefreiheit / „Journalisten sind keine Hilfspolizisten“ / IG Medien appelliert an SPD: Den großen Lauschangriff ablehnen

Stuttgart. Einen „Großangriff auf die Pressefreiheit“ befürchtet der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, wenn der geplante Gesetzentwurf zum großen Lauschangriff in der vorliegenden Form beschlossen wird. In der Diskussion stelle sich zunehmend heraus, daß es keineswegs nur um das Abhören von sogenannten „Gangsterwohnungen“ gehe. Alle Bürgerinnen und Bürger seien betroffen, in besonderem Maße sei aber die Pressefreiheit bedroht. „Wenn die Polizei jeden Journalisten belauschen und bei jeder Redaktionssitzung mithören darf, wird das Zeugnisverweigerungsrecht faktisch abgeschafft, der Informantenschutz läuft ins Leere, die Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit ist nicht mehr zu gewährleisten.“

Schon jetzt sei, so Detlef Hensche, die Presse zunehmenden Behinderungen ausgesetzt. Immer willkürlicher würden Redaktionen durchsucht und Rechercheunterlagen beschlagnahmt. Immer

öfter versuchten Polizei und Staatsanwaltschaft, Redaktionen als Hilfsarbeiter der Strafverfolgung zu mißbrauchen. „Der große Lauschangriff wird Journalistinnen und Journalisten endgültig zu Hilfspolizisten machen.“ Daß bei den Nachverhandlungen nur die Berufsgeheimnisse von Ärzten, Priestern und Rechtsanwälten, die Rechte der Journalisten aber gar keine Rolle spielen, bezeichnete Hensche als verräterisch. „Offenbar soll der andauernde Mißbrauch der Medien durch die Hintertür legalisiert werden.“

Noch sei es nicht zu spät, den Angriff auf die Pressefreiheit zu stoppen. Hensche forderte daher den neugewählten SPD-Vorsitzenden Lafontaine auf, der geplanten Grundgesetzänderung die Zustimmung zu entziehen. Die SPD solle dafür sorgen, daß die Zeugnisverweigerungsrechte von Journalisten verbessert und nicht abgeschafft werden. (PM, Stuttgart, 3.12.1997)

Harte Strafe für die Unterstützung eines Friedensvorschlags der ETA

Gefängnis für die Mesa Nacional Herri Batasunas

Von Manfred Ostrowski

Am 1. Dezember verkündete das Oberste Gericht Spaniens das Strafurteil gegen die 23 Mitglieder des Vorstandes (der „Mesa Nacional“) der baskischen Linkspartei Herri Batasuna. Das höchste spanische Gericht verurteilte einen jeden der 23 Basken zu sieben Jahren Haft, einer Geldstrafe von 500 000 Peseten und der Unterbrechung seines passiven Wahlrechts, da sie sich eines Deliktes der „Kollaboration mit einer bewaffneten Bande“ schuldig gemacht hätten.

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Politiker sich den Inhalt des ETA-Videos zur „Demokratischen Alternative“ zu eigen gemacht hätten, um damit auch der ETA zu helfen; Herri Batasuna hätte nicht allein die politische Übereinstimmung mit Zielen der ETA ausdrücken wollen. Die Verteidigung Herri Batasunas will sich an das spanische Verfassungsgericht wenden. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung erfolgte die öffentliche Stellungnahme der Mesa Nacional. Der Sprecher Herri Batasunas, Floren Aoiz, stellte fest: „Wir stehen einem politischen Urteil gegenüber, das von der spanischen Regierung entschieden und dann von einigen Richtern abgezeichnet wurde. Dies macht deutlich, daß eine Gewaltenteilung im spanischen Staat nicht wirklich existiert.“

Floren Aoiz erinnerte daran, daß die Politiker der Mesa Nacional dafür eingesperrt werden, einen Friedensvorschlag bekanntgemacht zu haben und die Re-



Vier Vorstandsmitglieder von Herri Batasuna kurz vor ihrer Verhaftung

spektierung des Willens des baskischen Volkes zu verlangen. Die Politiker der Mesa Nacional betrachten das Urteil auch als eine Provokation: „Spanien hat uns die Zähne gezeigt, um uns die Logik der Konfrontation aufzuzwingen. Die Basken werden dem antworten.“ Floren Aoiz fragte: „Wer wird jetzt sagen, daß es für das Baskenland echte Demokratie gibt? Wer wird jetzt sagen, daß man in Spanien jedwede politische Idee vertreten kann?“

Das Urteil gegen die Mesa Nacional Herri Batasunas wurde im Baskenland größtenteils kritisch aufgenommen. Rafa Larreina von der Nationalen Exekutive der baskischen Partei Eusko Alkartasuna (EA) meinte etwa: „Das Urteil erscheint uns juristisch als eine Barbarei und politisch als sehr negativ für die Normalisierung.“ Larreina wies darauf hin, daß alle von EA befragten Juristen den Prozeß gegen die Mesa Nacional als fragwürdig ansahen und das Urteil als noch weit fragwürdiger. Der Generalkoordinator der Vereinigten Linken im autonomen

Baskenland (Euskadi), Javier Madrazo, betrachtete die Strafe als „extrem hart“. Seiner Meinung nach ist das Urteil „eher politisch motiviert als auf juristische Argumente gegründet“. So habe sich der Staatsanwalt dafür entschieden, politische und demokratische Ideen für strafbar zu erklären, so wie das Recht auf Selbstbestimmung, anstatt zum Prozeß Äußerungen beizusteuern, die dem Recht verpflichtet sind. Die trotzkistische Organisation Zutik sieht ihrerseits eine enge Beziehung zwischen der Verurteilung der Mesa Nacional HBs und der Weigerung der spanischen Regierung, die baskischen politischen Gefangenen in Gefängnisse des Baskenlandes zu verlegen: „Wir sehen uns in unserer Überzeugung bestätigt, daß die Regierung Aznar eher daran interessiert ist, den baskischen Konflikt zu militarisieren, als irgendeine Entspannungsgeste zu verwirklichen.“

Die mitgliederstärkste Gewerkschaft des spanischen Baskenlandes, ELA, bewertete die Verurteilung der Mesa Nacio-

nal als Erfolg für den spanischen Innenminister Mayor Oreja und die gesamte PP-Regierung, die auf dem Weg der Repression beharren, und als eine äußerst schlimme Nachricht für diejenigen, die sich – wie ELA – für politische Öffnung und Entspannung einsetzen. Die Repräsentanten der Gewerkschaft CNT drückten ihre totale Zurückweisung des Gerichtsurteils aus und verglichen das Urteil mit denen, die in den Zeiten des Faschismus gegen jedwede Art von Dissidenz gefällt wurden. Die baskische Bürgerbewegung „Elkarri“ bezeichnete das Gerichtsurteil als „juristischen Unsinn, eine Ungerechtigkeit und einen Angriff auf die Äußerungsfreiheit, auf die elementarsten politischen und demokratischen Freiheiten“. Für „Elkarri“ bedeutet das Urteil „eine Katastrophe für die Gesellschaft und für die baskische Politik“. Es gäbe bei der spanischen Rechten offenbar ein Interesse daran, das Zusammenleben der Basken zu zerstören.

In einem Kommuniqué distanzierte sich die bürgerliche Baskische Nationalpartei (PNV) von der Verurteilung und äußerte Kritik, glaubte aber, kein Motiv zu haben, den Politikern Herri Batasuna zu helfen; schließlich habe die PNV von Herri Batasuna nur „Beschimpfungen und Drohungen“ erfahren.

Das Mitglied der Mesa Nacional HBs Rufi Etxeberria machte deutlich, daß HB seine politische Linie beibehalten wird; es werde aus Anlaß des Gerichtsurteils keine Veränderung der politischen Linie geben, schließlich seien die Ziele klar definiert. Die Basisgliederungen HBs werden ihre neue Mesa Nacional nach dem Generalstreik am 15. Dezember wählen. Diejenigen Mitglieder der bisherigen Mesa Nacional, die in den baskischen Provinzen Bizkaia und Gipuzkoa zu Hause sind, wurden bereits am 5.12. verhaftet. Für Samstag, den 6.12., rief Herri Batasuna zu einer Großdemonstration in Donostia (San Sebastian) auf; Thema: „Baskenland – demokratische Lösung“.

Erstaunliche „Altschulden“ im Osten

Der Fluch der bösen Tat

Von Wolfram Triller

Zur Herstellung der Deutschen Einheit mußten die Hinterlassenschaften der DDR entsorgt werden. Dazu gehörten auch die LPGs. Sie wurden mit dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) gezwungen, sich aufzulösen und in eine neue Rechtsform umzubilden. Aber auch der politische und ökonomische Druck konnte nicht verhindern, daß in Ostdeutschland heute etwa 80% der Flächen durch Gemeinschaftsunternehmen bewirtschaftet werden.

Allerdings haben die Bauern die Phantasie der Bonner Regierung unterschätzt. Sieben Jahre nach der Deutschen Einheit

flattern den „Altbauern“ jetzt Schreiben der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ mit der Aufforderung auf den Tisch, ihre Schulden von vor 1945 (!) zu bezahlen. „Rechtsgrundlage“ dafür bildet ein DDR-Gesetz aus dem Jahre 1954. Das Gesetz zur „Entschuldung der Altbauern“ legte fest, daß sie beim Eintritt in eine LPG von ihren Schulden aus der Zeit vor 1945 befreit werden. Allerdings war diese Entschuldung an die Bedingung der Mitgliedschaft in der LPG gebunden. Sie hatte jedoch Bestand, wenn beim Ausscheiden aus der LPG, z.B. wegen Arbeitsplatzwechsel oder Erreichen des Rentenalters, ein Vertrag mit dem Rat des Kreises über die kostenlose Nutzung der Flächen durch die LPG angeschlossen wurde.

Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik gingen die ruhenden Kreditverträge der Altbauern an die Kreditanstalt für Wiederaufbau über. Sie hat jetzt damit begonnen, die Altbauern zu finden, die nach Auflösung der LPG ihren landwirtschaftlichen Betrieb nicht wieder selbständig bewirtschaften. Denn nach LwAnpG § 50 wurde für die „Wiedereinrichter“ festgelegt, daß das DDR-Gesetz über Schuldenerlaß weiterhin gilt. Daß für Hunderttausende Bauern gar keine Chance bestand, einen zukunftsfähigen Familienbetrieb wieder einzurichten, interessiert die Bonner nicht. Mit ihrem erzwungenen Ausscheiden aus der LPG leben ihre Schulden aus der Zeit vor 1945 wieder auf. Das können sie nur dadurch verhindern, daß sie ihre Flächen dem LPG-Nachfolgeunternehmen kostenlos überlassen, so wie zu DDR-Zeiten durch einen Vertrag mit dem Rat des Kreises. Besonders verwerflich ist es, wenn der Altbauer seine Flächen inzwischen für die Errichtung eines Gewerbeparks verkauft hat. Hier ist die Schuldentrückzahlung nicht zu vermeiden. Der „Rechtsstaat“ läßt grüßen.

In Westdeutschland erhielt in der Vergangenheit ein Bauer bei der Aufgabe seines Hofes eine vom Staat gezahlte Hofabgabenrente. In Ostdeutschland sollen die Bauern jetzt nach 50 Jahren dafür bestraft werden, daß sie sich mit dem „totalitären DDR-Regime“ eingelassen und ihre Schulden nicht bezahlt haben. Offensichtlich war sich die DDR-Regierung 1954 ihrer Macht noch nicht sicher, denn sonst hätte sie ja die Schulden endgültig streichen und so die heutigen Probleme vermeiden können. So aber werden die Altbauern aus Ostdeutschland in der Bundesrepublik dafür bestraft, daß sie nicht genügend für den Erhalt der DDR getan haben.

Die PDS-Bundestagsgruppe steht deshalb in der Pflicht, die Folgen der in der DDR unterlassenen völligen Streichung der Schulden durch eine parlamentarische Initiative zu beseitigen.

Wolfram Triller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Günther Maleuda.

Mit einer neuen bundesweiten Demonstration noch im Dezember wollen die Studierenden ihren Protest gegen die herrschende Bildungspolitik weiter in die Öffentlichkeit tragen. Hier – als ein Beispiel von vielen – der Forderungskatalog der Studierenden in Köln.

Am 8.12. findet im Bundestag die dritte und damit letzte öffentliche Lesung bezüglich der Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) statt. Aus unserem mittlerweile einwöchigen Streik sind nun erste konkrete Forderungen dazu hervorgegangen, die in einzelnen Arbeitsgruppen erarbeitet und von der Vollversammlung der Studierenden beider Fakultäten (EWF und HPF) angenommen worden sind. Diese Forderungen sind allerdings lediglich als vorläufiges Ergebnis zu betrachten, sowohl der Streik als auch die inhaltliche Arbeit werden zumindest bis Freitag, 28. November, weiter fortgeführt.

Wir begrüßen durchaus, daß die Medien reges Interesse zeigen, bedauern jedoch gleichzeitig, daß unsere Forderungen in der Darstellung nur allzu oft auf die Formel „Wir wollen mehr Geld“ reduziert wurden. Wir haben jedoch inhaltlich weitaus mehr zu bieten und wünschen uns sowohl von Medien als auch von PolitikerInnen, sich mit unseren Forderungen auseinander zu setzen. Dabei reichen „Solidarisierungserklärungen“ einzelner PolitikerInnen aber nicht aus, wir fordern ein, gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen, ohne daß von Seiten der PolitikerInnen lediglich Zuständigkeiten hin und her geschoben werden. Mit diesem Streik mischen wir uns aktiv in die bildungspolitische Diskussion ein und begrüßen es sehr, daß unter vielen unserer DozentInnen ein sehr kooperatives Klima vorherrscht, da wir auch von unserer Seite aus auf jeden Fall an weiterer Zusammenarbeit interessiert sind. Allerdings verwahren wir uns dagegen, von Seiten der PolitikerInnen für DozentInnen- und Studierendenbelange instrumentalisiert zu werden.

Die konkreten Forderungen bezüglich der Novellierung des HRG im einzelnen:

Punkt 1

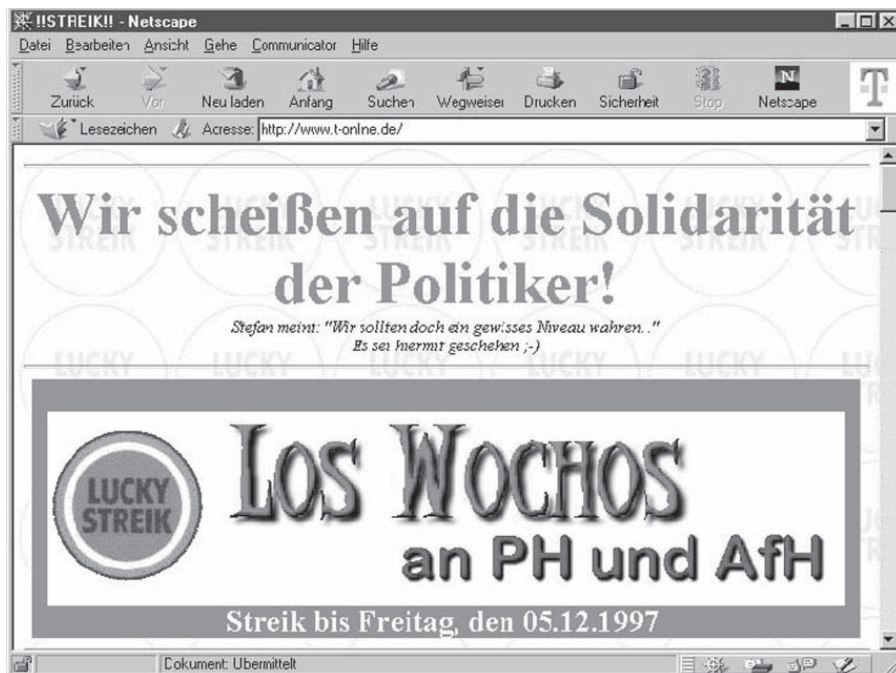
Alle unten aufgeführten Regelungen schließen sowohl die Einführung von Studiengebühren als auch Zwangsexmatrikulationen aus. Daraus folgt, daß rahmenrechtlich Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen verboten werden. Jede Umstrukturierung im Hochschulbereich muß sozial verträglich geregelt sein und sollte keinen Stellenabbau nach sich ziehen. Grundsätzlich ist eine öffentliche Diskussion an den Hochschulen im Vorfeld der Entscheidung zu organisieren.

Punkt 2

Wir fordern eine neue Definition des Begriffs Regelstudienzeit. Das heißt: keine Maximalstudienzeit, deren Überschreitung mit negativen Sanktionen verbun-

Vorläufiger Forderungskatalog zur Novellierung des HRG

Studentischer Forderungskatalog



den ist, sondern eine Festlegung von Mindeststudienzeiten.

Die Hochschule muß es jeder/jedem Studierenden in diesem Zeitraum ermöglichen, das Studium unter angemessenen Umständen zu absolvieren.

Der Bund verpflichtet die Länder zur finanziellen und logistischen Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen Studiums aller in der Mindeststudienzeit.

Punkt 3

Wir stimmen mit einer verstärkten Studienberatungspflicht der Hochschulen überein. Für uns sieht diese wie folgt aus:

Alle Studierenden haben ein Recht auf Beratung; dazu verpflichtet sich die Hochschule ausreichendes und qualifiziertes Personal bereitzustellen.

Diese Beratung soll die Studierenden vor und während des gesamten Studiums unterstützen. Dieses bedeutet für uns nicht eine Zwangsberatung in Form einer leistungsbezogenen Kontrolle. Ebenfalls darf eine Beratung keine negativen Sanktionen nach sich ziehen.

Wir gehen davon aus, daß Studierenden durch eine umfassende, außerfachliche auf die individuellen Lebensbedingungen abgestimmte Beratung ein erfolgreiches Studium ermöglicht wird.

Punkt 4

Wir fordern eine verstärkte Information und Beratung vor Aufnahme des Studiums. Wünschenswert wäre ein fakultatives Orientierungssemester, welches nicht in die Mindeststudienzeit eingerechnet wird. Dies gibt die Möglichkeit einen interdisziplinären Überblick zu schaffen, um anschließend eine gezielte Studienwahl treffen zu können.

Punkt 5

Wir lehnen eine leistungsorientierte Hochschulfinanzierung ab.

Die Finanzierung des Hochschulwesens soll sich an der Zahl der Studierenden orientieren (§5 Novelle HRG).

Punkt 6

Die Organisation des Hochschulwesens darf nicht wie in §4 der HRG-Novelle festgelegt, von Einzelpersonen entschieden werden, sondern muß demokratisch in Gremien beschlossen werden. Zur Realisierung der studentischen Mitbestimmung fordern wir eine Aufteilung der Sitze in den entscheidungstragenden Gremien und den Berufungskommissionen, so daß die Studierenden 1/3 der Sitze innehaben und keine der anderen beteiligten Gruppen mehr als 1/3 der Sitze.

Punkt 7

Wir fordern die bundesweite Einführung der Verfassten StudentInnenschaft mit politischem Mandat für die studentischen VertreterInnen.

Punkt 8

Studierende sollen bei der Entwicklung und Durchführung von Evaluation aktiv und gleichberechtigt mitwirken (siehe §6 HRG-Novelle).

Punkt 9

Wir befürworten einen freien Hochschulzugang, bei dem die Qualität des Studiums gewährleistet wird.

Wir schlagen ein verpflichtendes

Praktikum vor, dessen Umfang und Art durch die einzelnen Fächer näher zu definieren sind.

Wir lehnen den NC als Mittel zur Zulassungsbeschränkung ab. Stattdessen fordern wir eine starke Gewichtung der Studienberatung wie in Punkt 3 genannt. Ebenso ein Orientierungssemester wie in Punkt 4.

Punkt 10

Wir sind für ein Studium, daß nicht durch fest vorgegebene Inhalte, Fristen und „Module“ geregelt wird, sondern daß auf selbstständige Arbeit der Studierenden, auf sinnvollen Seminargrößen, Tutorien und stärkerer Integration von praktischen und theoretischen Studienanteilen beruht.

Punkt 11

Die Hochschulen müssen Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich staatliche Einrichtungen bleiben. Andere Rechtsformen dürfen nicht errichtet werden (siehe §58 HRG-Novelle). Wir lehnen die Umwandlung der Hochschule in GmbH's, Stiftungen oder privatwirtschaftlich organisierte Firmen ab.

Punkt 12

Wir sind gegen eine Deregulierung des HRG, da hierdurch eine Verschiebung des Kampfschauplatzes von Bundes- auf Landesebene vorgenommen wird.

Grundsätzliche Vorgaben z.B. in Bezug auf Ordnung des Hochschulwesens, Studienreformen und -ordnungen und Prüfungsordnungen müssen im HRG erhalten



ten bleiben (§4, §8, §16 des HRG).

Punkt 13

Wir wenden uns gegen den Versuch, die Hochschulen zu reinen Ausbildungsstätten mit Kurzstudiengängen zu formen, denen kleine Elite(forschungs)einrichtungen angegliedert sind. Bildung ist ein BürgerInnenrecht für alle. Daraus folgt: Abschaffung der Diskriminierung von nichtdeutschen Studierenden, von Behinderten, Beseitigung von frauenfeindlichen Strukturen im Bildungssystem und eine wirkliche Hochschulreform unter maßgeblichem Einbezug der Studierenden.

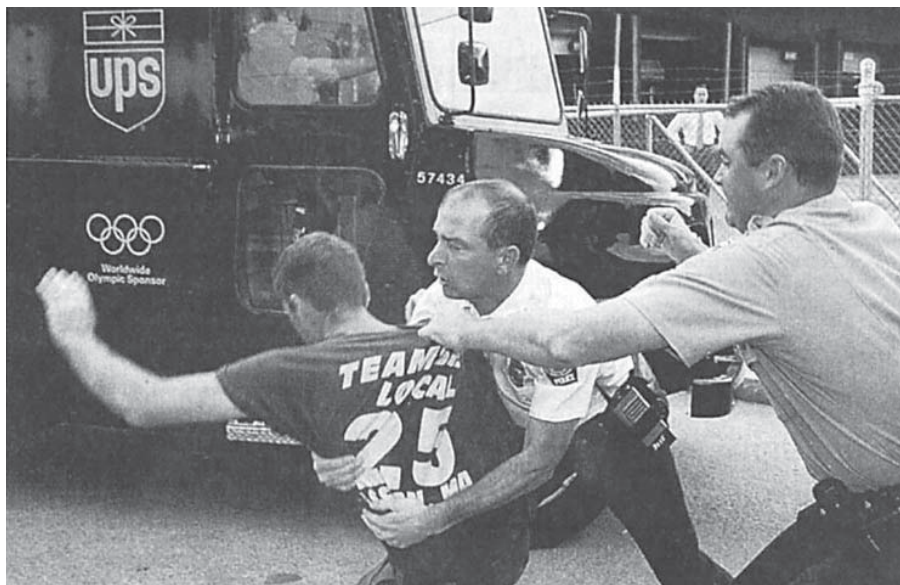
Es ist wichtig festzuhalten, daß diese Forderungen noch keinen kompletten Forderungskatalog darstellen, dies sind vielmehr die Forderungen bezüglich des HRG, die von der VV dezidiert bestätigt wurden.

Ganz Amerika ist heute wieder ein „hot shop“ („ein heißer Laden“), behauptete Noel Beasley in seiner Rede am 9.11. vor etwa hundert Gewerkschaftsdelegierten zur Gründung einer dritten, dem Klassenkampf verpflichteten Labor Party, im Bundesstaat New York. (Amerikanische GewerkschaftsorganisatorInnen bezeichnen als „hot shop“ diejenigen Arbeitsorte, wo die ArbeiterInnen große Bereitschaft zeigen, ja geradezu drängen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und militante Arbeitskämpfe zu unternehmen.) „Die Politik“, sagte Beasley (Vizepräsident des Midwest Joint Board der Gewerkschaft der TextilarbeiterInnen UNITE) „ist wie kaum seit der Jahrhundertwende und vielleicht nicht bald wieder, ‘up for grabs’ (sinngemäß: „offen für Veränderungen“, d. Red.) in diesem Land.“

Die Teilnehmer an dieser Gründung der New York Labor Party waren Delegierte von einem breiten Spektrum der Gewerkschaften; mehrere waren angesehene Funktionäre in örtlichen Gewerkschaftsorganisationen in New York. Die bundesweite Labor Party wurde im 1996 im Cleveland, Ohio, gegründet, und beabsichtigt, etwa ab 1998 mit eigenen WahlkandidatInnen in verschiedenen Städten und Gemeinden Kampagnen zu führen. Bundesweit haben bis jetzt örtliche Gewerkschaftsorganisationen, die etwa eine Million ArbeiterInnen repräsentieren, die Labor Party offen mit Spenden unterstützt. Zu den Zielen der Labor Party gehört eine Ergänzung der U.S.-Verfassung, mit der „jedem das Grundrecht auf Arbeit zu einem ‘living wage’ (zu einem Lohn, von dem man leben kann), d.h. mindestens 10 \$ pro Stunde garantiert werden soll.“ Vorbild der Labor Party ist Eugene V. Debs, Führer der großen Streiks der Bahnarbeiter um die Jahrhundertwende, Gründer der amerikanischen Social Democratic Party, der fünfmal sozialistischer Kandidat zur US-Präsidentschaft und im ersten Weltkrieg ein Kriegsgegner war, wobei er eine Million Stimme bekam, als er noch im Gefängnis saß. Die Mittel für die Labor Party kommen ausschließlich aus Spenden der Gewerkschaften, zur Zeit etwa 1 Million \$ jährlich bundesweit.

Der gewerkschaftliche Dachverband AFL-CIO ändert seinen Kurs

Ob die Labor Party tatsächlich eine Chance haben wird, im Zwei-Parteien-System der USA Wahlkämpfe zu gewinnen, kann noch nicht beantwortet werden. Doch die Tatsache, daß die Dachorganisation der amerikanischen Gewerkschaften, die AFL-CIO, auch ihren Hauptorganisator in New York als Redner zur Gründungskonferenz der New York Labor Party schickte, ist eines von vielen Zeichen, daß die amerikanische Arbeiterbewegung im Wandel ist. Ein Versuch wie die Labor Party wäre sicherlich durch die vorherige AFL-CIO-Führung schnell ausgegrenzt worden; diese Führung wurde aber 1995 durch ei-



Polizeieinsatz gegen Streikposten während des UPS-Streiks in den USA im August.

„Hot Shop“ USA?

Die neue Wende in der US-Arbeiterbewegung

ne Koalition militanterer Gewerkschaften gestürzt, die John Sweeney von der Dienstleistungsgewerkschaft „Service Employees“ zum Präsidenten der Dachorganisation wählte, in der ersten durch freie Wahlen bestimmten Führungsänderung der AFL-CIO seit der Gründung der Dachorganisation vor 42 Jahren, damals Höhepunkt der McCarthy-Zeit.

Führungswechsel bei den Teamsters

Die United Brotherhood of Teamsters, die größte Gewerkschaft in den USA, hatte unter der neuen Führung von Ron Carey, der auch im August/September den wichtigen Streik gegen UPS gewonnen hatte, wesentlich zum Sieg Sweeneys beigetragen. Carey hatte die Führung der Teamsters 1992 übernommen. In der damaligen Wahl unter Regierungsaufsicht hatten Mitglieder der „Teamsters for a Democratic Union“, eine Gruppe progressiver Teamsters, nach zwanzig Jahren harter Arbeit endlich die korrupte, traditionell die republikanische Partei unterstützende und längst durch die Mafia zer-setzte alte Teamsters-Führung stürzen können.

Neue Bündnispolitik der Gewerkschaften

Daß Antikommunismus und Ausgrenzung von linken und militanten Kräften historisch dazu beigetragen hat, die amerikanische Arbeiterbewegung und die Kraft der US-Gewerkschaften fast lebensgefährlich zu schwächen, wird heute offen in führenden Gewerkschaftskreisen zugegeben. Im Oktober dieses Jahres, während der alle zwei Jahre statt-

findenden National Convention des AFL-CIO, hat die Gewerkschaftsbund offiziell die antikommunistischen und gegen Kuba gerichteten Satzungsklauseln aus seinem Statut gestrichen, allerdings mit dem Zusatz, daß ArbeiterInnen, die „autoritäre“, „totalitäre“ oder „terroristische Auffassungen“ haben, aus der AFL-CIO ausgeschlossen sind.

Ein erster Erfolg: „Fast Track“ gestoppt

Die AFL-CIO-Führung wird natürlich ihre politische Haupttätigkeit noch immer auf die Demokratische Partei konzentrieren und lediglich die Bedrohung einer Labor Party dafür benutzen, um mehr Druck auf die Demokratische Partei von links auszuüben. In ihren Versuch, die Demokratischen Partei zu zwingen, den Bedürfnisse der ArbeiterInnen mehr Achtung zu schenken, hatte der AFL-CIO in diesem November einen riesigen Erfolg. 80% der Demokratischen Abgeordneten des US-House of Representatives könnten dafür gewonnen werden, gegen Clintons „fast track“-Antrag zu stimmen. Der US-Präsident hatte nur versucht, das seit 20 Jahren bestehende Recht der US-Präsidenten zu erneuern und zu erweitern, internationale Handelsverträge ohne Veränderungen durch den US-Kongreß durchzusetzen.

Doch die Gewerkschaften wollen die bis jetzt schrankenlose Globalisierung stoppen und Bestimmungen zum Schutz der ArbeiterInnen und der Umwelt in den USA wie in anderen Ländern durchsetzen. Clinton wurde gezwungen, zur Vermeidung einer sicheren Niederlage den

Antrag zurückzuziehen. Ein konservativer Kommentator in der *New York Times* schrieb daraufhin: „Die Demokratische Partei ist nun Amerikas Arbeiterpartei. ... John Sweeney, Boss des AFL-CIO, hat das erreicht. Er bewies, daß er das Geld, die Leute und das Sagen in der Demokratischen Partei hatte.“ Vor drei Jahren hatten die Gewerkschaften einen ähnlichen Kampf gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen verloren.

Kritik an der Globalisierung wächst

Mehr und mehr wird auch in Zeitungen wie der *New York Times* über die Auswirkungen der Globalisierung in moralischer Empörung berichtet: z.B. daß junge ArbeiterInnen in Vietnam beim Produzieren der Nike-Sportschuhe pro zehnstündigen Arbeitstag in vergifteten und gesundheitsschädlichen Fabriken nur 1.60 \$ erhalten, während die Schuhe in den USA für 50 \$ verkauft werden, Sportstars wie Michael Jordan 20 Millionen Dollar pro Jahr für Werbung für diese Schuhe bekommen und der Nike-Boß 5 Milliarden Dollar Vermögen hat.

Die moralische Empörung gilt aber auch den Zuständen in den USA selber. Der US-Börsenindikator „Dow Jones“ ist von 776 in 1982 auf 8.250 im August dieses Jahres gestiegen, während die DurchschnittsamerikanerInnen ständig kleiner werdende Einkommen, verminderte Sozialausgaben, Druck auf Renten und Krankenversicherung in gewerkschaftlichen Verträgen, Verlust an Arbeitsplätzen durch Globalisierung erlitten haben. Nach wissenschaftlichen Studien haben die USA die größte und am schnellsten wachsende Kluft zwischen Arm und Reich von allen entwickelten Industrieländern. Die US-Gewerkschaften behaupten sogar, daß die US-Regierung jetzt Zwangsarbeit einführt: nach der von Clinton durchgesetzten „welfare reform“ müssen diejenigen, die Sozialhilfe bekommen, für diese Hilfe auch arbeiten. Sie werden zu einem Lohn von etwa 1.69 \$ pro Stunde (ein Viertel des gesetzlichen Mindestlohns) dafür benutzt, um gewerkschaftlich organisierte Staatsbeschäftigte zu ersetzen, die so arbeitslos werden. Als Gegenmaßnahme versuchen die Gewerkschaften und kommunale Organisationen, die betroffenen Sozialhilfebezieher gewerkschaftlich zu organisieren und Streiks anzuführen.

Sweeney und die neue Führung des AFL-CIO will den Geist eines amerikanischen Idealismus, wie in den 60er und 30er Jahren, wieder erwecken und für die Ziele der neuen Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Versucht wird vor allem, jugendliche Arbeiter und Studierende zu überzeugen, daß der Kampf der Gewerkschaften der Kampf der „good guys“ (der Guten), der wichtigste Kampf um Amerikas Zukunft und auch ihr Kampf sei. Es gilt, nicht nur Kampfbereitschaft zu zeigen und zu entfalten, sondern auch, wie Beasley sagte, „zu zeigen, daß wir den Kampf auch genießen“.

In den Gewerkschafts-Fernsehspots wie auch in den Tagungen der Dachorganisation wird das alte Image der Gewerkschaften als von alternden weißen Männern dominiert bewußt durch das neue Image eines multikulturellen, weiblichen wie auch männlichen Gewerkschaftsbundes ersetzt. In den letzten zwei Jahren wurden in zahlreichen Colleges und Universitäten sehr populäre „teach-ins“ abgehalten, wo Gewerkschafter und Wissenschaftler mit Studierenden über den Klassenkampf diskutieren. In dem seit zwei Jahren bestehenden AFL-CIO-Programm „Union Summer“ verbringen Hunderte von Studierenden einen Sommer als GewerkschaftsorganisatorInnen.

Internationale Gewerkschafts-Allianzen

Die Öffnung nach links, das Suchen nach Verbündeten ohne die vielen Fragen nach ihrer ideologischen Herkunft und „Zuverlässigkeit“, korrigiert eine Politik, die die US-Gewerkschaftsführung seit der McCarthy-Ära charakterisiert hatte. Auf einer Konferenz im Oktober 1997 verkündete Sweeney: „Die Niederschlagung von ‘fast track’ wird nicht genügen, um die Arbeitsplätze von amerikanischen Gewerkschaftsmitgliedern zu unterstützen, da die Entscheidungen, durch unser Leben gestalten, zunehmend durch die multinationalen Unternehmen, die die Weltwirtschaft dominieren, getroffen werden. Wir müssen eine neue Allianz mit den Gewerkschaften anderer Nationen suchen, ‘globale Gewerkschaften’ in den wichtigsten Industrien und Konzernen gestalten. Wir müssen mehr dafür arbeiten, uns mit unseren Brüdern und Schwestern in der ganzen Welt zusammenzuschließen, mit GewerkschaftlerInnen in den entwickelten industrialisierten Demokratien bis zu den stillen Helden in den Arbeitsgefängnissen Chinas, in den ‘sweatshops’ Indonesiens und in den Dörfern Mexikos und Brasiliens, die um ihr Überleben kämpfen.“

In seinem Wahlkampf um die Führung der AFL-CIO hatte John Sweeney sich auf die große Parole der militanten Gewerkschaftsbewegung der 30er Jahre berufen, „Organisieren wir die Unorganisierten“, wobei er betont hat, daß die Gewerkschaften auch die Mittel für eine militante Wiederaufbaukampagne bereitstellen müßten. Tatsächlich sind in den letzten zwei Jahren die Mittel zur Organisation von nicht organisierten ArbeiterInnen auf fast das Zehnfache, d.h. etwa 150 Millionen \$ jährlich, gestiegen. Sweeney hat verkündet, daß er im Jahr 2000 1 Milliarde \$ für Organisation einsetzen möchte, etwa 10% des Gesamteinkommen der Gewerkschaften.

Clinton und die Konzerne schlagen zurück

Daß diese Wende in der Gewerkschaftsbewegung von deren Feinden bekämpft wird, kann wohl erwartet werden. Clinton selber wurde von vielen rechten Kräften und Konzernen in den USA scharf

dafür kritisiert, daß er nicht gegen den UPS-Streik eingegriffen hat. Aber gleich nach der Niederlage von Clintons „fast track“-Antrag kam der Beschluß der US-Justiz, daß Ron Carey, Teamster-Präsident und Sweeney-Verbündeter, der den UPS-Streik im August und September dieses Jahres erfolgreich geführt hatte, nicht mehr kandidieren darf.

Bereits im August hatte eine US-Richterin verkündet, daß die 1996er Teamster-Wahlen wiederholt werden müßten, da die Carey-Gruppe angeblich unerlaubte Mittel im Wahlkampf eingesetzt habe. Die Gelder kamen von linksliberalen Spendern, die angeblich diese Spenden der Carey-Gruppe gegeben hatten, weil die Teamsters unter Carey ihrerseits Gelder an die „Citizen Aktion“, eine Stiftung, die arme Wähler zur Wahl registriert, gespendet hatte. Die Carey-Gruppe wurde beschuldigt, daß dieses Arrangement ihr ermöglichte, im Ergebnis Gelder aus dem Teamster-Tresor für Careys Wahlkampf einzusetzen, was nicht erlaubt ist. Die Betroffenen, ehemalige SDSler und Bürgerrechtskämpfer, die für die Carey-Kampagne gearbeitet hatten, werden jetzt mit Gefängnis und Geldstrafen von je 250.000 Dollar wegen diesem angeblichen „Betrug“ bedroht. Da ein Teil der Gelder durch den AFL-CIO ging und einige Führer der progressiven Gewerkschaften auch kleine Spenden für Carey geleistet hatten (20.000 Dollar für einen Wahlkampf, der insgesamt 7 Mio. Dollar kostete), und da Carey wichtig für das Bestehen Sweeneys als AFL-CIO-Präsident ist, ist die gesamte Führung des AFL-CIO jetzt durch Prozesse und Verhöre vor dem Kongreß bedroht.

Im August war von der US-Justiz noch gesagt worden, daß es keinen Beweis dafür gebe, daß Carey persönlich von den unerlaubten Geldern wußte. Nach dem Sieg der Gewerkschaften über „fast track“ kam dann im November ein neuer Beschluß der US-Justiz: Carey soll doch davon gewußt haben und dürfte deshalb nicht mehr kandidieren. Ende November ist Carey nun als Präsident der Teamsters zurückgetreten, er sagte, er könne wegen der vielen Prozesse und Verhöre die Gewerkschaft nicht mehr effektiv führen. Doch auf der Teamsters-Konferenz Ende November gab es viele, die Carey ermunterten, sich dieser Klassenjustiz nicht zu beugen: Die Gewerkschaften sollten sich ihre eigenen Führer wählen dürfen und sich nicht ihre Führung von der Regierung diktieren lassen. Zudem haben die „Teamsters for a democratic union“ beweisen können, daß Hoffa unerlaubte Mittel in Höhe von 3 Mio. \$ eingesetzt hatte; auch er darf nun nicht mehr kandidieren. Die neuen Wahlkämpfe sollen im Frühjahr 1998 stattfinden. Weder die Carey-Gruppe noch die Hoffa-Gruppe haben bisher offiziell Kandidaten vorgeschlagen, wobei den Teamsters im März die wichtigen nationalen Tarifverhandlungen der Lastwagenfahrer bevorstehen. (E.)

Seit letzte Novemberwoche und bis Mitte Dezember beschäftigt die Ausländergesetzgebung das französische Parlament und bildet das innenpolitische Hauptthema. Nach dem Wahlsieg der Linkskoalition unter Lionel Jospin steht nun auf diesem Gebiet die gesetzgeberische Kurskorrektur an, nachdem die ab 1993 regierende Rechte auf diesem Terrain massive Gesetzesverschärfungen eingeführt hatte.

Die Texte der Innen- und Justizminister Pasta und Mehaignerie (beide 1993) sowie Debre (1997) sowie eine Anzahl kleinerer gesetzgeberischer Eingriffe hatten in diesen vier Jahren die repressive Schraube massiv angedreht. Die nun wieder in die Regierung gekommene Linke will jedoch nur teilweise zum vor 1993 herrschenden Gesetzesstand zurückkehren, während sie andere der von den Rechten vorgenommenen restriktiven Änderungen beibehalten will.

In einem ersten Aufwasch wurde letzte Novemberwoche das Staatsbürgerschaftsrecht im Parlament behandelt. Hierzu hatte die Justizministerin Elisabeth Guigou (Parti Socialiste) einen Entwurf vorgelegt, der am 1. Dezember verabschiedet worden ist. Seit dem 4. Dezember steht nun für etwa zehn Tage der Text von Innenminister Jean-Pierre Chevènement zu Einreise und Aufenthalt von Ausländern zur Debatte. Darauf werden wir in der nächsten Ausgabe eingehen.

Am 1. Dezember ist der Guigou-Text zum Staatsbürgerschaftsrecht verabschiedet worden. Die Regelung zur französischen Staatsbürgerschaft war am 22. Juli 1993 durch den konservativen Justizminister Mehaignerie fundamental geändert worden; nur ein Teil dieser Änderungen ist nunmehr rückgängig gemacht worden. Bis 1993 hatte folgender Gesetzesstand gegolten: jedes in Frankreich geborene Kind ausländischer Eltern wurde mit 18 Jahren automatisch französischer Staatsbürger. Durch Antrag der Eltern konnte der Erwerb der französischen Nationalität aber bereits vor Erreichen der Volljährigkeit vollzogen werden (Voraussetzung war ein Minimum von fünf Jahren Aufenthalt in Frankreich). Auf diese Weise war es natürlich Eltern, die selbst keinen gültigen Aufenthaltstitel besaßen und sich also in „illegaler“ Situation befanden, möglich, durch Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft im Namen ihrer Kinder für die Familie ein Abschiebehindernis zu schaffen. So entstand eine Kategorie von Personen, die man als „ni regulisable ni expulsable“ (weder legalisierbar noch abschiebbar) bezeichnete. Ein Teil der „sans-papiers“ (illegalen Immigranten), die im letzten Jahr in Paris mehrere Kirchen besetzten, gehört dieser Personengruppe an. Die regierende Rechte zog daraus die Schlußfolgerung, daß man nicht etwa die Eltern legalisierte, sondern den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft im Kindesalter durch Antrag der Eltern unterband.

Die wichtigste Neuregelung 1993 war, daß 1.) der Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft nicht mehr vor dem Alter von 16 Jahren möglich war und 2.) es auch keinen automatischen Erwerb mehr gab, sondern die Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren eine „manifestation de volonté“ (Willensdemonstration) abgeben mußten. Ferner wurden Personen, die für bestimmte Delikte (Zuhälterei, Drogenhandel, Totschlag) zu mindestens sechs Monaten Haft ohne Bewährung oder für bestimmte andere Straftaten (solche, die „die vitalen Interessen der Nation berühren“, sowie Akte des Terrorismus) zu irgendeiner Strafe egal welcher Länge verknackt worden waren, aus dem Erwerb der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Ca. 25 Prozent der Jahrgänge 1976-1978 von Immigrantenkindern haben bisher dadurch, daß sie

bination unterschiedlicher politisch-ideologischer „Wertekonzeptionen“ dar, die so wahrscheinlich niemanden wirklich zufriedengestellt hat. Ausgeschlossen bleibt, daß Eltern vor dem Erreichen des 13. Lebensjahres ihrer Kindes für dieses die Staatsbürgerschaft beantragen und dadurch ein Abschiebehindernis schaffen. Wie die Zeitung *Le Monde* (29.11.) in einem Kommentar, der implizit für die vollständige Rückkehr zum *ius soli*, zum „Bodenrecht“ von vor 1993 eintritt, anmerkt, wird trotz des späteren Erwerbs der französischen Nationalität den Immigrantenkindern in jungem Alter weiterhin ihre Nichtzugehörigkeit, ihr Fremdsein deutlich gemacht. Dies verdeutlichte sich etwa bei Klassenreisen, wenn einige Kinder ein Visum benötigten, weil sie (noch) nicht Staatsbürger sind. Für diese „Franzosen im Warte-

Staatsbürgerschafts- und Ausländergesetz in Frankreich

Der Stand der parlamentarischen Debatte

Von Bernhard Schmid

keine entsprechende Willensäußerung abgaben, die französische Staatsbürgerschaft nicht erhalten.

Die Gesetzesänderung von 1993 stellte einen weitgehenden Bruch mit „republikanischen Traditionen“ dar, wonach jeder auf französischem Boden geborene Mensch als Angehöriger der republikanischen Nation betrachtet wurde. Das bis 1993 geltende Gesetz bestand seit 1889. Neben den Idealen der Französischen Revolution, die das „Boden-“ statt des „Blutsrechts“ bei der Abstammung beinhalten, spielte bei der Verabschiedung des Gesetzes 1889 freilich auch der Gedanke an die Wehrpflicht eine große Rolle. Da Frankreich damals zum Revanchekrieg gegen Preußen-Deutschland rüstete, wollte man auch die Immigrantenkinder in der Armee dienen lassen. Das Staatsbürgerschafts- und das Wehrpflichtgesetz wurden mit 14 Tagen Abstand verabschiedet.

Die neue Reform korrigiert diese Regression von 1993 nur teilweise. Möglich ist nunmehr für Immigrantenkinder, die auf französischem Boden geboren sind, der freiwillige Erwerb der Staatsbürgerschaft ab dem 13. Lebensjahr (mit Zustimmung der Eltern) oder ab 16 Jahren (durch eigene Initiative ohne die Eltern). Mit 18 Jahren wird der Erwerb der Nationalität wiederum automatisch. Diese Mischung aus Bestimmungen unterschiedlicher Sinnbedeutung (mit 13 bzw. 16 Jahren Erwerb auf Freiwilligkeitsbasis, mit 18 Jahren Rückkehr zum Automatismus) stellt den Versuch einer Kom-

stand“ sieht das Guigou-Gesetz übrigens eine besondere Form von Ausweis vor, der „republikanische Identitätskarte“ (statt normalerweise „nationale Identitätskarte“) heißt. Überraschend war, daß die Regierungspartner der Sozialdemokraten wider Erwarten dem Guigou-Text ihre Zustimmung verweigerten. 6 von 7 grünen Abgeordneten sowie die 36-köpfige KP-Fraktion (bis auf 2 Parlamentarier) enthielten sich in der Abstimmung; der Text kam mit einer knappen Mehrheit von 267 gegen 246 Stimmen durch. Die KP-Führung hatte ihre Fraktion auf Zustimmung einzuschwören versucht, doch die heterogen zusammengesetzte Parlamentsfraktion entzog sich überraschend der „Parteidisziplin“. Verantwortlich dafür war eine ungewöhnliche Koalition aus antistalinistischen „Erneuern“, die die Partei für die „gesellschaftliche Radikalität“ zu öffnen suchen und trotz ihrer Positionen pro Regierungsbeteiligung zu Themen wie der Immigration tendenziell progressiv sind, und „Orthodoxen“. Letztere beziehen normalerweise zur Immigration nicht eben progressiv Position, wollten aber der in der KP dominierenden Pro-Regierungs-Linie eins ausweisen. Für den Chevènement-Text kam man in Bälde auf das Abstimmungsverhalten von KP und Grünen gespannt sein. Die Sozialdemokraten führen daher derzeit Verhandlungen mit der KP auf höchster Ebene, und der Innenminister wählte am 4.12. die KP-Zeitung *L'Humanité* exklusiv für ein Interview, in der er sein Projekt vorstellte. (Paris, 8.12.1997)



Über 10.000 Beschäftigte bei Volkswagen Brasilien haben gegen die geplante Kürzung von Arbeitszeiten und Löhnen protestiert. Streik und Werksbesetzung werden dem Konzern angedroht, falls er das Sparprogramm nicht zurückzieht. Anfang 1998 soll bei VW Brasilien die wöchentliche Arbeitszeit von 42 auf 33,6 Stunden gekürzt werden. Gleichzeitig sollen die Löhne um 20% sinken. Gewerkschaftsvertreter äußerten auf einer Kundgebung vor den Toren des VW-Werks, daß VW die Vorreiterrolle für die anderen Automobilkonzerne in Brasilien spielen wird, die ebenfalls die Löhne senken werden. Der Automobilsektor in Brasilien ist von den jüngsten Finanzkrisen und dem Sparpaket der Regierung am stärksten betroffen. Der Autoabsatz brach um 30-40% ein. Die Regierung hatte nach dem Überschwappen der Finanzkrise aus Asien Anfang November Steuererhöhungen und Sparpakete angekündigt.

Spanien: Streik bei Ford

Seit dem 17. November streiken die Beschäftigten der Fiat-Tochter Magnetti Marelli im Industriegürtel Barcelonas gegen die Entlassung von 159 vor allem weiblichen Arbeitern. Wir bitten, zur Unterstützung dieses Arbeitskampfes an die katalonische Regierung Faxes folgenden Inhalts zu schicken (Fax-Nr.: 00343- 228 57 43; Kopien an 00343- 4875906):

„An das Arbeitsministerium der Regierung Kataloniens. Keine Entlassungen bei Magnetti Marelli in Barcelona! Wir verlangen die Rücknahme der Entlassungspläne von 159 ArbeiterInnen bei der Fiat-Tochter Manetti Marelli. Diese Pläne widersprechen dem mit Ihrer Vermittlung am 19. April unterzeichneten Abkommen zwischen Betrieb und Arbeitnehmern, nach dem die Zukunft des Betriebs garantiert ist und mit dem Betriebsrat vereinbart wird. Deshalb verlangen wir von der Regierung Kataloniens: Keine Entlassungen! Respektierung der unterzeichneten Verträge! Kontakt: H.DOGANAY@VLBERLIN.comlink.de

Simbabwe: Weiße Farmer werden enteignet

Der Präsident Simbawes, Robert Mugabe, hat seine Pläne zur Enteignung weißer

Landbesitzer bekräftigt. Das Programm sieht vor, 1.772 Farmen mit 4,8 Millionen Hektar Land in weißer Hand entschädigungslos zu enteignen und landlosen schwarzen Bauern zu überstellen. Dieser Plan werde auch umgesetzt, wenn die frühere Kolonialmacht Großbritannien die Weißen nicht entschädige, erklärte Mugabe nach Verhandlungen mit weißen Farmern in der Hauptstadt Harare.

Südkorea: Arbeiterführer kandidiert als Präsident

Der Südkoreanische Gewerkschafter Kwon Yong-gil tritt bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Dezember als Kandidat von Gewerkschaftsgruppen und Systemkritikern an. Er steht für eine „neue Form der Politik, die von Arbeitern Bauern und städtischen Basisgruppen bestimmt wird.“

Kwon ist Präsident des 50.000 Mitglieder zählenden Koreanischen Gewerkschaftsverbands (KCTU), der den Generalstreik Anfang des Jahres in Südkorea anführte. Während viele koreanische Politiker wegen Korruption angeklagt werden, wird gegen Kwon wegen ganz anderer „Taten“ ermittelt: Wegen Beteiligung eines Streiks bei der Seouler U-Bahn und bei der Hyundai Schwerin-

dustrie, Verstoß gegen das Verkehrsgesetz wegen Organisation einer Demonstration und Leitung einer Demonstration nach Gründung der KCTU usw. Nach monatelanger Untergrundarbeit war er im November 1995 verhaftet worden und kam im März 1996 auf Kaution wieder frei. Am 8. November gab es in Seoul eine Demonstration von 30.000 Menschen zur Unterstützung seiner Kandidatur.

England: Hafenarbeiterstreik noch nicht zu Ende

Die Hafengesellschaft von Liverpool hat den seit über zwei Jahren streikenden Hafenarbeitern ein „allerletztes“ Angebot gemacht. Der Chef ihrer Gewerkschaft TGWU, Bill Morris, hat ultimativ die Zustimmung in einer schriftlichen Urabstimmung verlangt, ohne vorher seinen Exekutivrat zu fragen. Das Angebot sah eine Auffanggesellschaft für 28 Beschäftigte vor und unterschied sich ansonsten kaum von jenem aus dem letzten Dezember: 28.000 Pfund Abfindung und 3 Monate vorübergehende Wiedereinstellung mit Angebot eines Bewerbungsgesprächs für 40 nicht näher bezeichnete Arbeitsplätze sowie ein Register für künftige Neueinstellungen. Doch dies alles nur für früher direkt bei Mersy Docks an Harbour Beschäftigte; die Kollegen von Torside, deren Entlassung den Arbeitskampf ausgelöst hat, wurden weder genannt noch gefragt. Trotz Meldungen der Medien, der Konflikt sei jetzt zu Ende, stimmten auch in der schriftlichen Urabstimmung 70% gegen die Annahme des „letzten Angebots“. Seither hat sich das Vorgehen der Polizei verschärft. Die Bereitschaftspolizei OSD hat das Kommando übernommen und versucht mit massiver Gewalt ein Tor offenzuhalten.

Türkei: Gewerkschaftsmitgliedschaft ein Kündigungsgrund

Die Zahl der unter dem Schutz der Tarifvereinbarungen stehenden Arbeiter ist rückläufig. Dies geht aus einem von der Gewerkschaft der Erdölarbeiter (Petrol-Is) in Auftrag gegebenen Bericht hervor. Danach ging die Zahl der zum Tariflohn Beschäftigten nach dem großen Einschnitt im Jahre 1994 auch in den letzten drei Jahren weiter zurück. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß der Anteil der Arbeiter, die unter tariflich festgelegten Bedingungen beschäftigt werden, 1995 17,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug. Dieser Anteil ging 1996 auf 11,2% zurück. Zurück geht auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Von den 14,7 Mio. Beschäftigten sind 1,36 Mio. Mitglied einer Gewerkschaft. Als Grund für dieses rückläufigen Trend sieht die Gewerkschaft die Drohung der Kapitalisten mit Kündigung, wenn man Mitglied einer Gewerkschaft ist.

(Zusammenstellung: hav)

Knastkundgebung vor der JVA Ossendorf

KÖLN. Etwa 50 Leute versammelten sich am 29. November vor der JVA Ossendorf, um dort ihre Forderung nach sofortiger Freilassung der politischen Gefangenen so lautstark zum Ausdruck zu bringen, daß auch etwas davon durch die Gefängnismauern drang. Mit Musik und Literaturbeiträgen, kurzen Redebeiträgen und Grußbotschaften u.a. von der Informationsstelle Kurdistan, deren Vertreterin nachdrücklich auch die Freilassung der kurdischen und türkischen Gefangenen forderte, vom besetzten Haus in der Spichernstraße, vom Bauwagenplatz, von der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und aus der PDS Köln versuchten alle TeilnehmerInnen, den Gefangenen und der Öffentlichkeit nahezubringen, daß das Schicksal der Gefangenen nicht gleichgültig ist, daß sie bedingungslos freigelassen werden müssen, daß der Staat von den Gefangenen nicht verlangen darf, daß sie ihre politische Identität aufgeben und sich erst entwürden müssen, um aus dem Gefängnis zu kommen.

uld

„Ich gehe nicht in die Luft“

Weihnachtsmänner werden Äpfel, Flugblätter und Zeitungen am 5. Dezember an den Bahnhöfen in Mörfelden und Walldorf verteilen. Unter den Nikolausmützen stecken die Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms e.V., die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt/Main und der BUND Mörfelden-Walldorf. Anlaß ist die

derzeit tagende Klimakonferenz in Kyoto/Japan, zu der ein europäischer Aktionstag gegen den Luftverkehr stattfindet, an dem sich Umweltverbände und Bürgerinitiativen aus 14 Ländern beteiligen.

Bei dieser Aktion werden alle umweltproblematischen Aspekte des Flugverkehrs angesprochen: Wachstumsrate, Energieverbrauch, Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft, Steuerprivilegien, Lärm, Luftverschmutzung und Klimgefährdung. Grundlage hierfür ist ein im Frühjahr 1996 von 169 europäischen Umweltorganisationen verabschiedetes „Manifest für einen menschen- und umweltgerechten Flugverkehr“. Klar, daß das ein Thema für die Rhein-Main-Region ist angesichts der neuerlichen Expansionspläne der Frankfurter Flughafen-Betreiber, die jetzt über eine 4. Start- und Landebahn spekulieren. Wir werden weiter berichten.

aus: Materialien der Initiativen, ie

KOMM gekündigt: Abschlußfest im Dezember

NÜRNBERG. Dem KOMM e.V. wurde von der Stadt Nürnberg mit Wirkung zum 31.12.97 der Mietvertrag gekündigt. Das KOMM ist eines der ältesten und bekanntesten alternativen und soziokulturellen Zentren in Bayern. Ab 1998 wird es das KOMM in seiner bisherigen Form nicht mehr geben!

„Alles was in dieser Stadt stört, wird entfernt“, gab Ludwig Stolz, neuer CSU-Oberbürgermeister nach seinem Wahlsieg im März 1996 von sich. Die CSU war bereits mit dem Thema „KOMM“ in den

Wahlkampf gezogen. Mit der Parole „Contra KOMM - Pro Künstlerhaus“ wurde gegen den „Schandfleck am Königstor“ gehetzt. Unterstützung für diese Forderung erhielt sie damals auch von der örtlichen Neonazi-Szene, die sich zu einem „Bündnis gegen das KOMM“ zusammenschloß und mit Plakaten und Handzetteln für CSU-Kandidaten Scholz die Werbetrommel rührte.

Inzwischen liegt die Kündigung schriftlich vor und das Kulturreferat arbeitete ein neues Konzept für die zukünftige Nutzung des KOMM aus.

Inzwischen wurde dieses Konzept schon mehrmals verworfen, doch steht fest, daß jegliche Struktur, die an das alte selbstverwaltete KOMM erinnern könnte, zerschlagen ist. Die politischen, soziopolitischen und subkulturellen Gruppen werden in der Neukonzeption nicht mehr berücksichtigt.

Der Stadtrat hat inzwischen auch eine Namensänderung von „KOMM“ in „Künstlerhaus“ beschlossen.

Am Wochenende vom 19.12. bis 21.12.97 findet deshalb das KOMM-Abschlußfest statt. An den drei Tagen gibts neben Konzerten (zugesagt haben z.B. Tod & Mordschlag, Bang Jyang, Lavatory, Messer Bansani, Die Suicides, Butterweich u.a.) auch Veranstaltungen, Ausstellungen, Discos, Infotische, Theater und einige andere Überraschungen.

Das Wochenende steht unter dem Motto „Unser Rythmus gegen das System“ und ist als Benefiz für politische Gefangenen wie Mumia Abu-Jamal gedacht.

Schlafplätze für Auswärtige sind vorhanden.

aus: Nachrichten&Standpunkte



Am 28. November sollte der ehemalige Bundesvorsitzende der REPs, Franz Schönhuber, auf Einladung der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) in Schwenningen auftreten. Die DLVH wollte oder konnte die Kautions für das vorgesehene Beethoven-Haus nicht aufbringen. Schönhubers Auftritt fiel ins Wasser. Eine Gegenkundgebung mit rund 100 AntifaschistInnen dagegen fand statt. Auf der Kundgebung sprachen der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf (PDS) und Dieter Lachenmayer (VVN-BdA).

Freiheit für die politischen Gefangenen aus der RAF!

HAMBURG. Rund 400 Menschen nahmen am 26. November an der Veranstaltung „Freiheit für die Gefangenen aus der RAF“ teil, zu der die Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg, eingeladen hatte. Die TeilnehmerInnen der leider gleichzeitig stattfindenden Abschlusssveranstaltung der Busfahrt durch die BRD gegen das PKK-Verbot „Dialog statt Verbot“ sandten eine Grußadresse, die eingangs verlesen wurde.

Ziel der Veranstaltung war, der Flut von Artikeln, Kommentaren, sog. Dokumentationen und Fernsehspielen anlässlich des 20. Jahrestages des „Deutschen Herbstes“ etwas entgegenzusetzen und in diesem Zusammenhang laut und deutlich die Forderung nach der Freiheit der noch zehn Gefangenen aus der RAF zu erheben. Wer auch nur einen Teil der herrschenden Vergangenheitsbewältigung über sich hat ergehen lassen, mußte, sofern er nicht seinen eigenen Kopf gebrauchte, sich nicht selbst erinnern oder bei anderen nachfragen konnte, folgenden Eindruck gewinnen:

1. Die große Jugendbewegung der 68er, aus der RAF und ähnliche Bewegungen wie die Bewegung 2. Juni hervorgegangen sind, reduziert sich im wesentlichen auf die RAF. Die RAF selbst wenn sie einmal politische Ziele verfolgt haben sollte, war schnell durch und durch kriminell. Eine Auseinandersetzung mit ihren politischen Zielen verbietet sich daher von selbst. – Tatsächlich ist das nur die Methode, die RAF und mit der RAF die ganze 68er-Bewegung mehr oder weniger ad acta zu legen, die politische Diskussion, die Ziele, die gesellschaftliche Opposition – kurz die Rebellion und das Recht auf Rebellion –, alles, was mit dem Aufbruch Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre verbunden war, abzuwickeln.

2. Die staatlichen Maßnahmen bei der Bekämpfung der RAF, auch wenn sie aus heutiger Sicht vielleicht manchmal ein wenig überzogen wirken mögen, waren voll und ganz gerechtfertigt. – Tatsächlich erleben wir den Versuch, die eigenen Spuren zu verwischen. Das staatliche Handeln in der Bekämpfung der RAF war von Ungesetzlichkeiten, Gewaltexzessen und politischen Verbrechen geprägt. Und während uns suggeriert wird, daß das Gute, Edle und Schöne – der Staat gesiegt hat, werden die staatlichen Gewaltexzesse, leider weitgehend unbeachtet, bis auf den heutigen Tag fortgesetzt – nämlich mit der exzessiven Bestrafung der letzten 10 Gefangenen aus der RAF, die, geht es nach dem Willen der Bundesanwaltschaft, die Gefängnismauern nicht lebend verlassen sollen. So hat die BAW

Beitrag von Gisela Wiese, Vizepräsidentin Pax Christi

Mein Beitrag zum heutigen Abend entstand aus Beobachtungen juristischer Vorgänge und gesellschaftlicher Begebenheiten. Eine Demokratie, die uns 1945 verordnet wurde, die wir nur mühsam mit Leben füllten, scheint und schien mir immer wieder gefährdet.

Erinnern wir uns: Als immer mehr Mordtaten der Nazis bekannt wurden, fragte zunächst kein Mensch nach den Tätern. Der Krieg war ausgebrochen, schrecklich wie alle Kriege. Nun war die Stunde Null. Wir packen an.

Kein Fahndungsplakat nach den Frauen und Männern, die im Schatten dieses Krieges Völkermord begangen in Ghettos, Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern. Sie lebten, nicht nur im Ausland, gut, sondern auch unter uns als angesehene Bürger. Viel später, manchmal zufällig, wenn z.B. eines ihrer Opfer sie auf einer Polizeiwache als Beamte erkennt, werden sie angezeigt. Nein, eine systematische Verfolgung der Naziverbrechen gab es in unserem Lande nicht...

Als die Mörder später vor Gericht standen, wird alles Entschuldbare für sie angewandt, um sie als ehrbare Bürger nicht zu hart zu konfrontieren mit ihren Taten. Da wird während der Verhandlung sorgsam gefragt: „Können Sie noch, Herr

Angeklagter?“ Nie wurde ein Zeuge danach gefragt. Die Angeklagten reden sich mit Befehl und Gehorsam raus. Die Zeugenaussagen belegen, mit welchem Saddismus oft gefoltert, gemordet wurde. Kommt es zu einer Verurteilung, sind die Strafen oft gering. Später in den Gefängnissen lassen sie sich von anderen Gefangenen die Zellen putzen. Alte Kameraden sorgen für Besuche und Geld. Da gibt es keine überwachten Besuche, keine Trennscheiben, keine Isolation, häufig aber Haftverschonung, frühzeitige Entlassungen. Sie können das Gift des Antisemitismus und Rassismus weiter verbreiten.

Später sitze ich in den RAF-Prozessen, erlebe die Demütigung der Angeklagten, die verächtliche Behandlung ihrer AnwälteInnen, ihrer Angehörigen und Freunde. Die Strafen für die RAF-Gefangenen stehen in keinem Verhältnis zu denen, die Völkermord begingen. Die Rache bestimmt das Verhalten des Staates, und nicht seine demokratische Gesinnung. Ich kenne juristische Begründungen, ich weiß auch, daß der heutige Abend ihnen nicht standhalten wird.

Wir aber bleiben bei unserer Forderung:

Freiheit für alle RAF-Gefangenen!

Schon Langzeitstrafen machen lebensunfähig – Isolationshaft zerstört Leben. Damit finden wir uns nicht ab...

kürzlich beantragt, daß Christian Klar, seit 15 Jahren inhaftiert, eine Mindesthaftzeit von 26 Jahren verbüßen soll, bevor er den Antrag auf „vorzeitige“ Entlassung stellen kann.

Die Veranstaltung wollte zeigen, daß es verschiedene Begründungen, Ansätze und Initiativen für die Freiheit der politischen Gefangenen gibt. Zunächst kamen einige vom Podium aus zu Wort.

Wienke Zitzlaff, Angehörige und lange in internationalen Zusammenhängen aktiv, berichtete über die in den letzten Jahrzehnten international geäußerte Kritik an den Haftbedingungen und der Behandlung der politischen Gefangenen in der BRD, so durch den UNO-Menschenrechtsausschuß.

Gabi Heinecke, Rechtsanwältin und Mitglied des Republikanischen AnwälteInnen-Vereins, stellte die Initiative des RAV zur Aufhebung der in der Bekämpfung der RAF geschaffenen Sondergesetze vor und arbeitete heraus, daß diese Sondergesetze einer Diktatur entsprechen.

Die Rede von Gisela Wiese, Vizepräsidentin der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, dokumentieren wir hier.

Jens Stuhlmann, Gefangener und bis

vor kurzem Sprecher der Insassenvertretung von Santa Fu, berichtete über seine Erfahrungen, die er als linker Gefangener mit Isolationshaft und staatlicher Provokationspolitik gemacht hat.

Die Diskussion entwickelte sich schleppend. Sie machte die Probleme deutlich, die der Herausbildung einer wirklich kraftvollen Bewegung für die Freiheit der politischen Gefangenen entgegenstehen und die vor allem in allgemeiner Ratlosigkeit bestehen, die zwischen dem Gefühl einer großen Niederlage und der Hoffnung, für die Freilassungsforderung den Königsweg zu finden, schwankt. Dennoch zeigte die Diskussion ganz deutlich, daß immer noch – oder wieder? – viele Menschen bereit sind, für diese Forderung aktiv zu werden, wenn sie nur die Möglichkeit sehen, wie. Einstimmig beschloß die Versammlung, den „Dringenden Appell“ der Initiative „Freiheit Jetzt!“ zu unterstützen und den Gefangenen ihre Solidarität zu übermitteln. 860 DM konnten zur Unterstützung der Unterschriftensammlung gesammelt werden, auch das ein Ausdruck dafür, daß die Kräfte, die die Forderung nach der Freilassung aller Gefangenen aus der RAF tragen, noch längst nicht ausgeschöpft sind. sc

Ordnungsmacht gegen Bürgerrechte

Am Dienstag, den 25. November, beschloß der Mannheimer Gemeinderat mit den Stimmen der geschlossenen SPD-/CDU-Phalanx gegen die Stimmen der Grünen eine neue Polizeiverordnung für die Stadt Mannheim, die ab dem 1. Januar 1998 gelten soll. Die Polizeiverordnung ist ein Ausbund an behördlicher Regelungswut. Sie entspringt „dem Obrigkeitsstaat des letzten Jahrhunderts“ (Yvette Bödecker/Gemeinderatsfraktion der Grünen) und ist ein weiterer Schritt in den Polizeistaat. Die Maßnahmen schränken Bürgerrechte ein und sind höchst unsozial. Sie wenden sich gegen arme und mittellose Menschen, z.B. Obdachlose. Diese Menschen sollen aus den Innenstädten vertrieben werden. In anderen Städten Deutschlands werden ganz ähnliche Maßnahmen wie in Mannheim durchgeführt, zum Teil noch schlimmer. Meist sind sie auch noch gegen ausländische Menschen gerichtet. Die Gemeinderatsfraktion der CDU hat z.B. ihren Antrag auf Öffnung des Ausländeramtes auch am Wochenende, um jederzeit unverzüglich abzuschieben, erstmal wieder in der Versenkung verschwinden lassen. Es wird auch so genügend abgeschoben.

Sieht man sich den Hintergrund der laufenden Diskussion an – z.B. die Diskussion über den Einsatz des Bundesgrenzschutzes im normalen Polizeidienst – kann man erahnen, daß das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht ist.

Die von Wolfgang Schäuble auf dem CDU-Parteitag im September 1993 eingeleitete Wertediskussion mit den alt-deutschen Begriffen „Dienen, Ordnung, Fleiß, Sauberkeit“ ist auf fruchtbaren Boden gestoßen. In den letzten Monaten und Wochen ist diese Diskussion so angeheizt worden, daß sich Vorschläge für neue Repressionsmaßnahmen geradezu überschlagen. Die politische Opposition ist fast nicht mehr zu hören.

In einigen Punkten wurde die Polizeiverordnung gegenüber dem Erstentwurf der Stadtverwaltung sogar noch verschärft:

- Nicht nur das „aggressive Betteln“, sondern bereits das „aufdringliche und bedrängende Betteln“ ist untersagt.
- Nicht nur der „Zustand der Trunkenheit oder unter Einfluß anderer berauschender Mittel auf Straßen usw.“ sondern auch das „Sich-Niederlassen zum Genuß von Alkohol außerhalb zugelassener Schankflächen“ ist untersagt.

Weiterhin ist verboten:

- „das unbefugte Nächtigen“
- „das zweckfremde Benutzen von Einrichtungen, Bänken und Stühlen, insbesondere das Verunreinigen oder Verbringen an andere Orte“
- „das zweckfremde Benutzen von Denk-

mälern und Kunstobjekten, insbesondere das Umherklettern“

- das Betreten von „entsprechend gekennzeichneten“ Rasenflächen
- „das Abschneiden, Abbrechen oder Abpflücken von Blumen, Zweigen und Früchten
- „das gefährdende, behindernde oder bauliche Anlagen, Einrichtungen oder sonstige Gegenstände beschädigende Fahren mit Sport- /Freizeitgeräten (z.B. Inline-Skater, Skateboards, Rollschuhen, BMX-/Mountain-Bikes)“
- „das unbefugte Zelten“
- „das Benutzen von akustischen Geräten und elektro-akustischen Geräten, soweit dadurch die Allgemeinheit gestört wird und keine Erlaubnis vorliegt“
- „das Benutzen von Schieß-, Wurf- und Schleudergeräten außerhalb hierfür ausgewiesenen Flächen, soweit andere hierdurch in ihren Rechten beeinträchtigt oder gefährdet werden“
- das Entzünden und Unterhalten eines offenen Feuers

Verboden z.B. ist auch das Verrichten der Notdurft, das Füttern von Tauben und das „Plakatieren, Bemalen und sonstige Verunreinigungen“. Es würde den Umfang des Artikels sprengen, die ganze Verbotsliste darzustellen.

Die Verbote gelten z.T. nicht nur auf allen öffentlichen Straßen, Plätzen, Wiesen, Freizeitanlagen, Felder usw. sondern auch „auf an dem Straßenbereich angrenzenden, den Blicken der Öffentlichkeit und dem freien Betreten preisgegebenen, Privatgrund (bspw. Treppenstufen des Hauszugangs)“. Die Bürokratie hat sich wirklich Mühe gegeben, nicht irgendwo einen rechtsfreien Raum zu hinterlassen!

Damit diese neue Polizeiverordnung nicht nur Makulatur ist, soll diese durch einen Kommunalen Ordnungsdienst, der mit Hunden ausgerüstet ist, überwacht und durchgesetzt werden. Zu diesem Zweck wird der Kommunale Ordnungsdienst von sechs auf zwölf Personen aufgestockt. Sie werden hauptsächlich in der Innenstadt auf Streife gehen. Die Befugnisse der Ordnungsleute werden allerdings erheblich ausgedehnt. Sie sollen Strafzettel verteilen, Personalidentitätskontrollen durchführen und Personen bis zum Eintreffen der Polizei festhalten

dürfen. Die Stadtverwaltung ist beauftragt, den Strafzettelkatalog und das „wer und wie“ des Kommunalen Ordnungsdienstes näher auszuarbeiten. Unklar ist z.B. noch, ob die kommunalen Ordnungsleute mit Handschellen ausgerüstet werden.

Der Antrag der CDU „Rasche Aburteilung von Kleinkriminellen“ war gegenstandslos, da beim Amtsgericht Mannheim extra für diesen Zweck eine Kammer geschaffen wurde, die ab 1.1.98 Urteile im Schnellverfahren abwickeln soll. Die Staatsanwaltschaft Mannheim kündigte an, gegen „Kleinkriminelle“ Hauptverhandlungshaft zu beantragen. Mit anderen Worten: Sie wird im Rahmen des beschleunigten Strafverfahrens darauf dringen, Ladendiebe oder Schwarzfahrer sofort bis zur Verurteilung zu inhaftieren (höchstens eine Woche).

Der Antrag der SPD „Beschleunigung von Strafverfahren“ für straffällige Jugendliche schoß über das Ziel hinaus. Die SPD zog den Antrag zurück, nachdem die Staatsanwaltschaft in einem Brief deutlich machte, daß beschleunigte Strafverfahren für Jugendliche rechtlich nicht zulässig sind. Dieser Fauxpas mußte eigentlich peinlich sein für eine Fraktion, deren Chef Rechtsanwalt ist.

Bleibt nachzutragen das Abstimmungsergebnis:

Gegen die neue Polizeiverordnung stimmten die Gemeinderäte der Grünen, die FDP-Gemeinderätin, und die zwei Republikaner (denen die Verordnung nicht weit genug ging). Alle anderen Abgeordneten stimmten dafür, also neben den CDU- auch alle SPD-Gemeinderäte. Nichts war's also mehr mit der ursprünglichen Ablehnung der Polizeiverordnung durch ein Teil der Sozis, wie im Hauptausschuß geschehen. Da hat der grenzenlose Opportunismus der SPD mal wieder gesiegt.

Der Antrag der Grünen für Förderung der Jugend- und Sozialarbeit wurde nur von den Grünen unterstützt. Der Antrag der CDU-Sozialbürgermeisterin auf Einrichtung eines Kontaktladens für Drogenabhängige wurde gegen die Stimmen von CDU und Reps angenommen. Ein weitergehender Antrag der Grünen – kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige – wurde abgelehnt.

scr





22.11. in Stuttgart: Schüler bringen ihren Protest gegen den Eurofighter auf die Straße.

Erfolgreiche Aktion „Volksbefragung“

Eurofighter stößt auf Ablehnung

ESSEN. Am Samstag, 22.11.1997, fand auch in der Essener City eine „Volksbefragung“ zur geplanten Anschaffung des Eurofighters statt. Die Abstimmung war eine bundesweite Aktion und wurde von der Friedensbewegung selbst organisiert. In Essen ergriffen die Borbecker Friedensinitiative, das Essener Friedensforum und andere Organisationen die Initiative. Am vorherigen Samstag führte die DKP-Steele die Volksbefragung bereits auf dem Essener Grendplatz durch.

Das bundesweite Ergebnis wurde am Montag in Bonn auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Es sollte den Abgeordneten als „Entscheidungshilfe“ bei der Bundestagsabstimmung Ende November dienen. Die Frage lautete: „Sind Sie für die Anschaffung des Jagd- und Kampfflugzeugs ‚Eurofighter 2000‘?“ In nur knapp drei Stunden beteiligten sich in der Essener City 269 Bürger/innen mit folgendem deutlichem Ergebnis: 260 stimmten gegen die Anschaffung des Eurofighters, 6 für die Anschaffung und 3 kreuzten an „Keine Meinung“. Die weitere Frage, wofür die eingesparten Mittel bei einem Verzicht auf den Eurofighter verwendet werden sollten, wurde wie folgt beantwortet: 211 für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, 144 für den Umweltschutz, 140 für die Verbesserung des Gesundheitswesens, 106 für den sozialen Wohnungsbau, 67 für Frauenförderung, 19 für Investitionen im Straßenbau, 8 für die Anschaffung anderer Waffen der Bundeswehr. 45 Bürger/innen

trugen eigene Vorstellungen /Ideen in die Liste ein (z.B. Renten, Bildung, Jugendarbeit). Das Steeler Ergebnis spiegelte eine ähnliche Stimmung in der Bevölkerung wieder.

So erfreulich die Ergebnisse der „Volksbefragung“ und die positive Stimmung an den Infoständen war, so schwer zu ertragen war die Veranstaltung des „Politischen Forums Ruhr“ mit dem „Verteidigungs“-minister Rühle am 24.11.1997 in der Essener Messe. Vor mehreren hundert Zuhörern – darunter zahlreiche Soldaten in Uniform – trug er Bekanntes in rethorisch langweiliger Form vor. Rühle vertrat die These, daß das Militärische der Ausgangspunkt aller Politik sei. So habe die Bundeswehr der deutschen Einheit gedient („in einem deutschen Panzer ist es zu eng für die Frage ob man Ossi oder Wessi ist“), die NATO und ihre Erweiterung sichere die freundschaftliche Verbundenheit zu anderen Ländern, Waffen und technischer Fortschritt gehörten zusammen.

Der einzige Lichtblick des Abends: SchülerInnen hatten am Veranstaltungsgebäude mit einem Transparent gegen den Eurofighter protestiert. u.m.

Kath. Hochschulgemeinde Freiburg

Kirchenasyl geht weiter

Mit Datum vom 10.12.97 wird das Regierungspräsidium Freiburg die zwischenzeitliche Duldung für ein angolaneses Geschwisterpaar nicht verlängern. Die Kath. Hochschulgemeinde (KHG) hat sich erneut für die Aufnahme ins Kirchenasyl entschieden – eine Abschiebung in eine ungewisse und lebensbedrohliche Zukunft erscheint ihr nicht verantwortbar. Sie ruft zur verstärkten Unterstützung und Interventionen im Innenministerium in Stuttgart auf.

Die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) der Universität Freiburg hatte im Juni 1997 einstimmig beschlossen, zwei angolanesen Geschwistern Kirchenasyl zu gewähren. Kemavuako (26) und Luindula (12) Manuel sind seit 1993 in Deutschland, wohnen zuletzt in Zell i. Wiesental, ihre Asylanträge wurden abgelehnt, im Folgeverfahren steht derzeit noch eine letzte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim aus. Das Verwaltungsgericht Freiburg (4. Kammer) hat bereits im Januar 1997 grünes Licht für die Abschiebung nach Luanda gegeben. Die Lage habe sich beruhigt, es könne von einem fortschreitenden Friedensprozeß ausgegangen werden; etwaige soziale Schwierigkeiten würden durch internationale Hilfspro-

gramme gelindert. Die KHG dachte über diese insbesondere durch das Auswärtige Amt in Bonn vorgenommene Lagebeurteilung aber anders: aufgrund direkter Informationen zur sozialen und ökonomischen Lage wie auch hinsichtlich der jüngeren Schwester – deren Eltern getötet wurden – ist das Risiko einer Lebensgefährdung nach der Abschiebung deutlich vorhanden. Die ungeklärte Kriegslage wie auch die Frage einer Perspektive für Luindula (insbesondere auch, wenn der Bruder wegen vermuteter UNITA-Tätigkeit festgenommen würde) veranlaßte sie, vom zuständigen Regierungspräsidium (RP) Freiburg ein Bleiberecht für die beiden zu fordern. Zunächst wollte das RP von dieser Sichtweise nichts wissen, zog sich auf einen mangelnden Entscheidungsspielraum zurück, erklärte sich jedoch Anfang September bereit, eine neue Beurteilung der aktuellen Lage beim Ausw. Amt einzuholen.

Während dieser Zeit wurden beide erneut „geduldet“, Luindula konnte inzwischen in Freiburg in die Schule gehen. Seit Mitte Nov. liegt diese angeblich aktuelle Beurteilung der neuen Situation in Angola durch das Ausw. Amt vor. Darin erklärt es –völlig im Gegensatz zu allen anderen Informationen– eine Gefährdungslage sei nicht gegeben, die Botschaft sei bereit, bei der Rückkehr am Flughafen anwesend zu sein.

Die KHG hatte zuletzt Ende November noch ein Gespräch mit dem RP, um erneut ihren Standpunkt vorzutragen und notfalls erneut die Einsetzung des Kirchenasyls zu bedenken. Die aktuelle Entwicklung in Angola ist alles andere als klar; der UNHCR hat die Rückführung von Flüchtlingen aus Samiba nach Angola gestoppt, Hilfsprogramme mußten wegen Gefährdung der Mitarbeiter eingestellt werden, Savimbi von der UNITA mißachtet internationale Beschlüsse zur Entmilitarisierung, weshalb die UNO einen Boykott verhängt hat, die soziale Lage in Luanda forciert eine unmittelbare existenzielle Gefährdung, insbesondere für Kinder, weshalb andere Gerichte in Deutschland darauf auch z.t. Rücksicht genommen haben. Krieg und daraus resultierende Traumatisierungen für Kinder sind darin noch gar nicht berücksichtigt worden.

Es ist für Freiburg seit Jahren das erste Kirchenasyl. Bislang wurde in Schopfheim, in Elzach, in Titisee-Neustadt, in Ettenheim und zuletzt in Steinbach oder Baden-Baden und Kosntanz Kirchenasyl gewährt, manchmal nur für wenige Tage.

Die Gangart der Behörden ist aber härter geworden, die Kirchen haben lange über die Bedeutung des Rechts auf Schutz gegen staatliche Abschiebep Praxis debattiert. Daraus resultiert in der KHG auch die Entscheidung, an dem Kirchenasyl für das Geschwisterpaar festzuhalten und der Abschiebemaschine auf diese Weise etwas entgegensetzen.

(khg)

Weitere Deindustrialisierung im Osten – Beispiele

Das Schema ist meist das Gleiche: Verkauf des Betriebes durch die Treuhand an einen Privatisierer, Entlassung eines großen Teiles der Belegschaft, Eingliederung des privatisierten Betriebes in das bundesdeutsche Unternehmen, Ausschachtung und schließlich – meist nach Aufdecken eines Korruptionsskandals – Rücknahme des Betriebes in die Treuhandnachfolgerin BvS und nachfolgende Zweitprivatisierung. Und so begann Phase 2 der Deindustrialisierung im Osten.

Beispiel SKET Magdeburg: Noch 1991 hat das Unternehmen – eines der bedeutendsten Maschinen – und Anlagenbauunternehmen der DDR – 13.000 Beschäftigte. Nach Ausgliederung der sog. „unproduktiven Bereiche“ (Poliklinik, Kinderergärten etc.) werden auch Kernbereiche „sanziert“: Der metallurgische Bereich verschwindet. Die zweite Entlassungswelle betrifft wieder 3.000 Menschen. Das Unternehmen wird atomisiert, die Restbelegschaft geht in Aufgangsgesellschaften, AB-Maßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften. Schließlich verblieben rund 2.000 Beschäftigte – auf Zeit! Denn nach gut einem Jahr Existenz der sechs Nachfolgefirmen sind drei privatisiert und die anderen warten noch auf einen Käufer. In den privatisierten Unternehmen verbleibt ein Minimum an Arbeitsplätzen. SKET Magdeburg hat aufgehört zu existieren.

Dieses Schema trifft auch woanders zu. Die Dortmunder Brau und Brunnen AG kaufte die Reudnitzer Bierbrauerei in Leipzig. Nur ein breites Aktionsbündnis verhinderte, daß der Bierhahn zugedreht wurde. Die Mutterfirma wurde gezwungen, die Brauerei weiter zu betreiben.

Auch im Falle des Unternehmens Meßtechnik Hartmann & Braun in Leipzig versucht sich das Mutterunternehmen, in Frankfurt/Main ansässig, des ostdeutschen Standortes zu entledigen: Die Bedingungen in den Mutterwerken seien günstiger. Wieder ist es ein Aktionsbündnis, dem Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Kultur und der Kirche angehören, das sich widersetzt. Die IHK Leipzig schreibt der Unternehmensleitung: „Es kann nicht angehen, daß Sie einen Betrieb von der Treuhand kaufen, den Zeitpunkt der Arbeitsplatzsicherung abwarten und dann ein Vertriebsbüro übrigbleibt.“

Mahnfeuer brennen auch in Lützkendorf vor dem einstigen Mineralölwerk, das jetzt Addinol Mineralöl GmbH heißt. Seit einem Jahr streiten sich das Land Sachsen-Anhalt und die BvS um die Zweitprivatisierung des Betriebes. Die Belegschaft hatte dem vom Flächentarif abweichenden Firmentarifvertrag auf Drängen der BvS zugestimmt und versucht, so den Antrag auf Gesamtvollstreckung zu verhindern. Eine Minimallosgang wäre eine Misch- und Abfüllanlage für 60 Mio. DM, die den 480 Be-

schäftigten wenigstens teilweise Arbeitsplätze erhalten könnte. Die Aussichten sind gering, weil „nebenan“ in Leuna der Elf-Konzern den von Bund und Länder mit Milliarden geförderten Neubau der Raffinerie realisieren kann. Für die Abschaltung von Lützkendorf stehen bei der BvS 1,75 Mio. DM zur Verfügung.

Unweit von Lützkendorf, in Zeitz, sind Mahnwachen vor Werktores aufgezogen. Die Belegschaften protestieren gegen die Schließung ihrer „Rest“betriebe. Das Hydrierwerk, die Zeitzer Piano-Union, der Lederwarenbetrieb, der Kinderwagenbetrieb Zekiwa, die Zemag-Schwermaschinenbau Zeitz sollen weiter verkleinert werden. Die Zweitprivatisierung kostet 120 Arbeitsplätze. Arbeitslosigkeit im Raum Zeitz: 27,3%.

Sachsen-Anhalts Chemieindustrie im Dreieck Bitterfeld-Merseburg/Leuna-Zeitz schrumpft weiter. Von über 100.000 Arbeitsplätzen bleiben 10-20.000 übrig.

Die Liste der „Minimallösungen“ für die ostdeutsche Industrie läßt sich erweitern: Das Dieselmotorenwerk SKL in Magdeburg wurde an MTU Friedrichshafen verkauft und hat noch 300 Arbeitsplätze. Die Rackwitz Aluminium AG in Sachsen wird zweitprivatisiert und stark verkleinert. Für die Lotzmann-Bekleidung in Leipzig ist eine Auflösung vorgesehen, da sie Gesamtvollstreckung anmelden mußte. Die Baumaschinen Welzow GmbH im Spree-Neiße-Kreis (Land Brandenburg) wird zweitprivatisiert. Seit Juli erhält die Belegschaft keine Löhne mehr. Die erste Privatisierung war 1994 gescheitert. Der österreichische Geschäftsführer verbüßt seither eine Freiheitsstrafe wegen Betruges. Im Norden des Landes betrifft es die MTW Schiffswerft in Wismar. Sie soll nach der Vulkanpleite zweitprivatisiert werden. Die Belegschaft fordert, daß das Land mit einer Mindestbeteiligung Kontrollrechte bewahrt. Dagegen ist das endgültige Aus für die Deutsche Seereederei (DSR) Rostock gekommen. 10.000 Mitarbeiter wurden entlassen, die Flotte von 164 auf 64 Schiffe gesondet geschrumpft. Nun wird der Standort an der Warnow im März 1998 geschlossen und die DSR zu einer reinen Holding umfunktioniert.

Die BvS beendet ihren Auftrag, Unternehmen im Osten zu privatisieren, mit dem Ergebnis, daß eine weitere Reduzierung des industriellen Potentials erfolgt, die „Mutterunternehmen“ die ostdeutsche Ableger fast wegrationalisiert haben, Konkurrenten ausgeschaltet wurden und die Arbeitslosenzahlen steigen. Der Osten bleibt unterentwickelt. Beschäftigte in der ostdeutschen Industrie erhalten rund 70% der Gehälter ihrer westdeutschen Kollegen. Die Gründungswelle in der ostdeutschen Industrie ebbt ab: Mit 5.000 pro Jahr gibt es mehr Abmeldungen als Neugründungen. *abe*

TON

Solidarität mit der Leipziger Hartmann&Braun-Belegschaft!

Der Landesparteitag der PDS Sachsen solidarisierte sich am 22.11. mit der Belegschaft des Meßgerätewerks Hartmann & Braun in Leipzig. Hier Auszüge:

Der Vorstand der in Frankfurt/Main ansässigen Hartmann & Braun AG entschied vor Wochen, Großaufträge statt über seinen Leipziger Betrieb nur noch über Frankfurt abzuwickeln. Bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten die ca. 200 Beschäftigten in Leipzig Gewinne für die Hartmann & Braun AG. Mitte November 1997 wurde bekannt, daß der Vorstand beabsichtigt, in Leipzig 150 Beschäftigte zu entlassen ... Dieses ... bekämpfen Betriebsrat, Belegschaft und Gewerkschaft, indem sie öffentlich für den Erhalt der Arbeitsplätze in Leipzig eintreten ... Der Landesparteitag der sächsischen PDS erklärt seine volle Solidarität mit dem Kampf der Leipziger Hartmann & Braun-Beschäftigten. Er bittet die Bürgerinnen und Bürger sowie alle PDS-Mitglieder in der Region Leipzig, durch ihre Unterschrift und durch ihre Teilnahme an den geplanten Aktionen des „Aktionsbündnisses Hartmann & Braun Leipzig“ erneut zu beweisen, daß Widerstand gegen die Plattmache des Großkapitals nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist ... (aus: L/N, 28.11.97)

Mecklenburg-Vorpommern

Grundrechte bleiben auf der Strecke

Von Gerd Böttger

Wenn der Entwurf eines „Ersten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes“ im Landtag eine Mehrheit finden sollte, dann bleiben verfassungsmäßige Grundrechte wie das Recht der Freiheit der Person, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und das auf informationelle Selbstbestimmung auf der Strecke.

Schon zur 1. Lesung im Landtag hat die PDS-Fraktion diesen „Generalangriff“ der Landesregierung auf die Verfassung scharf verurteilt. Die Kritik am Gesetzesentwurf wurde in den vergangenen Wochen jedoch von vielen Seiten lauter. Und als der ehemalige Polizeipräsident in Düsseldorf, Prof. Dr. Liskens, eine im Auftrag der Grünen erstellte Studie veröffentlichte, mehrten sich die kritischen Stimmen über die Landesgrenzen hinaus. Die PDS-Fraktion beantragte im Innen- und Rechtsausschuß eine Anhörung, die am 29.10. stattfand. Geladen waren Staats-, Rechts- und Verwaltungswissenschaftler, Vertreter der Polizei, der katholischen Kirche, Datenschutzbeauf-

tragte und der Städte- und Gemeindetag.

Rechtliche Bedenken bei der Anhörung

Das Ergebnis der Anhörung zeigte, daß nur die Vertreter der Polizei und das bayerische Staatsministerium die Befugnisweiterung „zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität“ begrüßten.

Besonders die Rechtsexperten von der Hochschule der Polizei in Villingen Schwenningen, Prof. Kutscha von der Fachhochschule für Verwaltung Berlin, Dr. Rachor, Verwaltungsrichter und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht, haben erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Die Kritik richtete sich vor allem gegen folgende Befugnisse:

1. Erhebung von Daten in und aus Wohnungen (großer Lauschangriff), „wenn Tatsachen die Begehung von Straftaten von erheblicher Bedeutung rechtfertigen und die Aufklärung des Sachverhaltes zum Zwecke der Verhinderung solcher Straftaten oder ihrer möglichen Verfolgung auf andere Weise nicht möglich ist“.

Im Klartext heißt das: Die Polizei soll zukünftig in Wohnungen – und dazu gehören auch Arbeitsräume des Arztes, des Anwaltes und der Beichtstuhl in Kirchenräumen – mit technischen Mitteln lauschen dürfen. Die Annahme der Begehung einer Straftat, nicht ein konkreter Verdacht oder gar eine Straftat selbst, sollen ausreichen, um jede Bürgerin und jeden Bürger zu beschnüffeln.

Polizei soll jeden kontrollieren dürfen

Ebenso kritisiert wurde die „Jedermannskontrolle“, wo ohne ein konkretes Ereignis und ohne jeden Anlaß die Polizei jede Person kontrollieren darf. Im Gesetzentwurf heißt es: „Zur Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts und zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten, der grenzüberschreitenden Kriminalität im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern sowie auf Durchgangsstraßen (Bundesautobahnen, Europastraßen und anderen Straßen von erheblicher Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr, in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs und im Küstenmeer“.

Das heißt konkret: Wenn sich eine Bürgerin oder ein Bürger von A nach B bewegt, kann er ohne Anlaß von der Polizei kontrolliert werden. ... Das ist, so der Datenschutzbeauftragte, ein klarer Verstoß gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger. ...

Die PDS-Fraktion sieht sich in ihrer Kritik nicht nur bestätigt, sondern geradezu bestärkt. Sollten die grundlegenden verfassungsrechtlichen Mängel nicht behoben werden, muß sich nach meiner Meinung das Landesverfassungsgericht mit dem SOG beschäftigen.

Gerd Böttger ist innenpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion

aus: Offenes Blatt der PDS Mecklenburg-Vorpommern Nr. 10, Nov./Dez. 1997, gekürzt

KOMMUNALE POLITIK

STÄDTE IM NETZ: Berlin.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) hat eine Umfrage unter den deutschen

Städten mit 50.000 und mehr Einwohnern zu deren elektronischen Informationsangeboten durchgeführt. Es antworteten 57 Prozent. Ergänzend dazu wurde eine Recherche im WWW des Internet durchgeführt. Einbezogen waren hier alle Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Rund 86 Prozent der antwortenden Städte sehen in der Bereitstellung von elektronischen Informationen eine kommunale Aufgabe. In 64 Prozent der deutschen Städte bestehen bereits elektronische Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme. Wahrscheinlich liegt der Anteil sogar höher, da zum Teil in der Online-Recherche nachgewiesene Angebote in einzelnen Stadtverwaltungen nicht bekannt waren. Die Ergebnisse können als Heft „Städte im Netz“ (10 DM) beim difu, Postfach 12 62 24, 10593 Berlin, Fax 030 / 3 90 01-100 bezogen werden.

LEITSTELLE FÜR ARBEIT: Freiburg.

Die Fraktionsgemeinschaft Linke Liste-Unabhängige Frauen ist unzufrieden, daß das Projekt „Kommunale Leitstelle für Arbeit“ (KOLA) sich an weiterer Deregulierung orientiert. Der eigentlich positive Ansatz, arbeitslosen Sozialhilfeempfängern berufliche Weiterqualifikation und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, würde umgedreht, denn die Weigerung, eine (minderqualifizierte) Arbeit anzunehmen, soll nach § 19 des BSHG den Verlust der Sozialhilfe bedeuten. Äußerst bedenklich sei auch der Effekt eines „Lohndumpings“, der bei einem Stundenlohn von 11 DM fast zwangsläufig eintreten muß. Hier werde, so Stadträtin Inge Tritz, deutlich, wem es nicht um die Hilfe gehe, sondern um eine Entlastung des städt. Haushalts, letztlich auf Kosten der Betroffenen.

ERFOLGSPRÄMIE: Augsburg. Ein Arbeitsplatz für 5.500 Mark plus Steuer. So hoch ist die Erfolgssprämie, die die holländische Firma Maatwerk erhalten soll, wenn sie einem Sozialhilfeempfänger aus dem Landkreis einen Arbeitsplatz vermittelt. Mit knapper Mehrheit hat der Kreis-Sozialausschuß empfohlen, einen entsprechenden Vertrag abzuschließen, Laufzeit vorerst: ein Jahr. Wenn mindestens 125 der betroffenen 480 Sozialhilfeempfänger vermittelt würden, errechnet man, ergäbe das Einsparungen bei der Sozialhilfe von über einer Million Mark. Die SPD-Vertreterinnen hielten den anderen vor, daß so kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen und durch die „verrückten“ Erfolgssprämien „der Mensch zur Ware degradiert“ würde. Auch das Arbeitsamt und die Caritas wiesen diese „Arbeitsvermittlung“ zurück. Die Beschlußvorlage der Verwaltung behauptet, daß

Städte wie Hamburg und München bei ähnlichen Vereinbarungen gute Erfahrungen mit Maatwerk gemacht hätten.

MÜLLVERBRENNUNG: Neubrandenburg. 420 BürgerInnen demonstrierten am 1.12. vom Bahnhof zum Rathaus; auf ihrem Weg durch die Innenstadt brachten sie mit Kerzen, Plakaten und Sprechchören ihren Protest gegen die von der OVVD geplante Schmelzbrennanlage zum Ausdruck. Auf der Abschlußkundgebung vor dem Rathaus sprachen Vertreter der Bürgerinitiative und der Ärzteinitiative sowie von PDS und Bündnisgrünen. Das Staatliche Amt für Umwelt und Natur hat angekündigt, den Erörterungstermin als geschlossene Veranstaltung durchzuführen und außer den Einwendern keine weiteren Zuschauer zuzulassen. Insbesondere sollen Vollmachten, mit denen verhinderte Einwander sich von Personen ihres Vertrauens vertreten lassen können, nicht anerkannt werden. Der BUND überlegt deshalb, bei Anwendung dieser Praxis den Erörterungstermin durch eine einstweilige Verfügung stoppen zu lassen.

FINANZAUSGLEICH: Hannover. Der Staatsgerichtshof hat am 25.11. wichtige Teile des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes für unvereinbar mit der Landesverfassung erklärt und damit der Klage von 36 Kommunen gegen das Land stattgegeben. Zugleich verpflichtete das Gericht den Gesetzgeber, künftig die Kosten der den Kommunen zugewiesenen staatlichen Aufgaben genau zu ermitteln und im Gesetz festzulegen, welchen Anteil daran das Land übernehme. Neben der Höhe wird die Verteilung der Finanzausgleichsmittel kritisiert. Derzeit ist als einziges Verteilungskriterium die Einwohnerzahl vorgesehen. Hinsichtlich mancher Aufgaben der Kreise sei auch die Fläche ein wesentlicher Kostenfaktor, so das Gericht.

STADTFLUCHT: Schwerin. Wenn weiterhin so viele Einwohner abwandern, wird die Landeshauptstadt in 3 Jahren unter die 100.000-Einwohner-Marke rutschen. Schwerin würde seinen Großstadt-Status verlieren, Stadtvertretung und Verwaltung müßten deutlich verkleinert werden, und wegen der Ausfälle an Steuern und Landeszuweisungen stünden auch noch die wenigen typischen Großstadteinrichtungen in Frage wie Staatstheater, Konservatorium, Sportgymnasium oder Straßenbahn. Das prognostiziert der Regionale Planungsverband. 1996 zogen allein aus Städten in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 13.000 Menschen weg. Auch die sächsische Landeshauptstadt Dresden muß laut Statistik bis zum Jahr 2010 mit 100.000 Einwohnern weniger rechnen. Immer mehr ziehen aufs Land.

Zusammenstellung: baf

APPELL AN BOSCH: Französische und deutsche Betriebsräte von Bosch-Telekom haben bei der Protestkundgebung vor der Aufsichtsratssitzung des Konzerns am 21.11. in Frankfurt den von mittlerweile über 2000 Menschen unterzeichneten „Appell an Bosch und andere Unternehmen gegen Arbeitsplatzvernichtung und für ein soziales Europa ohne Arbeitslosigkeit“ übergeben. Dabei wurde auch ein konkreter Maßnahmenkatalog präsentiert, der Vorschläge für eine Reduzierung der Arbeitszeit, für Weiterbildung und Umschulung usw. enthält.



AUTOCORSO GEGEN STILLLEGUNG: Der Protest der Boehringer-Mannheim-Belegschaft

gegen die vom Hofmann-La-Roche-Konzern beabsichtigte Schließung von Therapeutica-Forschung und -Vertrieb geht weiter. 4500 Beschäftigte nahmen an einer Betriebsversammlung in der Markthalle teil, zu der ein Autocorso mit 500 Wagen sowie etliche Sonderzüge der Straßenbahn fuhren. Der neue Betriebsratsvorsitzende Harald Blaull (Gemeinsame Liste) drohte dem Konzern: „Wir sind eine konfliktferne Belegschaft.“ Der Mannheimer Oberbürgermeister Widder kritisierte die shareholder-value-Mentalität. Von 10 bis 16 Uhr machte sich die Belegschaft in zahlreichen Wortbeiträgen Luft. Unterdessen haben sich im Werk 15 Arbeitsgruppen gebildet, die z.B. Plakate und Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit erstellen, die aber auch alternative Geschäftsstrategien diskutieren mit dem Ziel, dem Roche-Vorstand nachzuweisen, daß es für eine Massenkündigung in Mannheim absolut keine Notwendigkeit gibt, sondern daß auch mit der bisherigen Beschäftigtenzahl hohe Profite gemacht werden können. In die Arbeitsgruppen sind fast alle Hierarchieebenen eingebunden. An den samstäglichen Infoständen am Paradeplatz sind meist um die 50 Beschäftigte aktiv. Die gesamten Widerstandsaktivitäten werden vom Betriebsrat koordiniert, der bekanntlich unter dem Dauerkonflikt „Gemeinsame Liste“/IG Chemie bzw. IG BCE steht. Auffällig ist, daß die IG BCE unter diesen Bedingungen kaum Flagge zeigt, um – wie man hört – den mühsamen Konsens innerhalb des Betriebsrates nicht zu gefährden. Als nächstes steht ein Treffen der deutschsprachigen Betriebsräte von Hofmann-La Roche und Boehringer auf dem Fahrplan. *tht*

Zusammenstellung: alk

Bonn trägt Mitschuld: EU-Baustellenrichtlinie wird nicht umgesetzt.

Sachsen: Rekord bei Bauunfällen

Die schlimme Bilanz der Unfälle beim Umbau des Leipziger Hauptbahnhofs – bekanntlich starben hier seit Spätherbst 1995 drei Arbeiter, zehn zogen sich schwere Verletzungen zu – hat verstärkt das Problem der Sicherheit auf Baustellen ins öffentliche Bewußtsein gerückt. „Leipzigs Neue“ sprach mit dem Geschäftsführer des Bezirksverbandes Leipzig der IG BAU (Bauen-Agrar-Umwelt) und mit einem kompetenten Mitarbeiter des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Leipzig.

„Sachsen – keineswegs das größte Bundesland – bildet die traurige absolute Spitze bei Bauunfällen in Deutschland.“ Bernd Günther, Chef der IG BAU Leipzig, sagt es mit Bitterkeit. Die ihm vorliegende Statistik weist bis Ende September dieses Jahres bereits 18 Tote auf Baustellen im Bereich der Berufsgenossenschaft Hochbau aus, davon sieben in Leipzig. Inzwischen kamen allein in der Messestadt drei weitere tödliche Bauunfälle hinzu. Bernd Reichelt von der Leipziger Gewerbeaufsicht ergänzt anhand der von ihm bearbeiteten Unfallermittlungen für den Regierungsbezirk Leipzig (der bis Döbeln reicht): 14 tödliche Bauunfälle im Regierungsbezirk seit Jahresbeginn bis zum Tag unseres Gesprächs (18.11.) – bei insgesamt 20 tödlichen Unfällen in allen Wirtschaftsbereichen, ausgenommen Bergbau, Landwirtschaft und öffentlicher Dienst.

Es fällt schwer, die Buchhaltung des Todes nüchtern aufs Papier zu bringen. Genauso schwer wäre es, über die noch viel zahlreicheren Unfälle mit Verletzungsfolgen – bis zur Berufsunfähigkeit – zu sprechen ...

Warum ist der Anteil der Unfälle auf dem Bau so hoch?

Hier stimmen Gewerkschaften und Vertreter der Bauaufsicht völlig überein:

- Leistungsdruck und von den Unternehmen verlangtes Arbeitstempo führen zu einer Hast, die Sicherheitsvorkehrungen oder auch nur elementare Vorsicht in den Hintergrund rückt.

- Bauunternehmen handeln gegenüber ihren Beschäftigten häufig äußerst fahrlässig. Sie informieren nicht hinreichend über bevorstehende Arbeitsabläufe

und damit verbundene Gefahrenmomente. Sie kümmern sich auch kaum um die nötige Qualifikation für die besonderen technologischen Prozesse der jeweiligen Baustelle. „Selbst für sogenannte Hilfsarbeiten bedarf es einer entsprechenden Ausbildung oder Einweisung. Im Grunde genommen gibt es auf dem Bau keine ‚unqualifizierten‘ Tätigkeiten“, stellt Bernd Günther fest. Gewerbeaufsichts-Experte Reichelt verweist auf das Beispiel des 22jährigen nigerianischen Studenten, der beim Reinigen der Kuppelhalle des Leipziger Hauptbahnhofs abstürzte und starb: Der in der zugewiesenen Aufgabe gänzlich unerfahrene Hilfsarbeiter erhielt keine speziellen Instruktionen; sein Sicherheitsgeschirr war nicht mehr zulässig (und über die Schulter gelegt); niemand sicherte den jungen Mann bei der gefährlichen Arbeit auf dem Glasdach. „Hier hat der Aufsichtführende grob versagt. Wie in diesem Fall ist immer wieder mangelndes Verantwortungsbewußtsein der Unternehmen festzustellen.“

Sowohl Reichelt als auch Günther nennen eine weitere Ursache für die vielen Unfälle auf sächsischen Baustellen, die nun schon politischer Natur ist:

- Die Bundesregierung hat die „Baustellensicherheitsrichtlinie“ der Europäischen Union bisher nicht in ein Gesetz umgesetzt. Lediglich ein Referentenentwurf existiert im Ministerium Blüm. Mit anderen Worten: Die großen Europäer in Bonn ignorieren (oder hintertreiben?) Brüsseler Regelungen ausge-rechnet dann, wenn sie einmal vernünftig sind! Die Richtlinie hebt nicht die Grundverantwortung des Bauunternehmens und die Mitverantwortung des Bauherren für den Arbeitsschutz auf. Sie sieht aber einen „Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan“ bei größeren Bauwerken und die Einführung eines „Koordinators“ – eines Spezialisten für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz – an der Seite des Bauherrn vor. Der Koordinator soll den Architekten und den Bauherren bereits im Planungsstadium und später auf der Baustelle bis zum Abschluß der Bauarbeit regelmäßig auf nötige Schutzmaßnahmen, bestehende

Risiken und erforderliche Entscheidungen hinweisen. Herr Reichelt vom Gewerbeaufsichtsamts ist überzeugt: „Wenn die Richtlinie verwirklicht würde, ließe sich die Unfallzahl erheblich senken.“

Es ist nicht bekannt, daß die sächsische Landesregierung angesichts ihres besonders akuten Handlungsbedarfs Bonn in dieser Angelegenheit zur Eile drängt. Wir korrigieren uns gern.

Von G. Braun, aus: Leipzigs Neue, Nr. 24, 28.11.97

Schwere Unfälle in der Osthalle des Hauptbahnhofs

Junger Monteur stürzte 30 Meter tief und starb

In Stötteritz

**Junger Dachdecker
tödlich verunglückt**

In Plagwitz und der City

**Zwei Bauarbeiter
bei Unfällen verletzt**

Tragödie auf Hauptbahnhof:
Erneut tödlicher Arbeitsunfall

Arbeitgeberstrategie durchkreuzt

In einem Einigungsstellenverfahren der Niederlassung Filiale München haben sich Betriebsrat und DPG gegenüber den Vorstellungen der Arbeitgeberseite durchgesetzt und eine Betriebsvereinbarung zu Gruppenarbeit erzielt.

In München hatte die Niederlassungsleitung per Gerichtsbeschuß die Einigungsstellen einsetzen lassen mit dem Ziel, ein reines Jahresarbeitszeitmodell in den Postfilialen umzusetzen. Ziel der Niederlassung war es, einen flexiblen Personaleinsatz – rein an den betrieblichen Bedürfnissen orientiert – zu realisieren. Dieses Vorgehen wird bundesweit von der Generaldirektion der Post AG in die Niederlassungen hinein getragen. In mehreren Filialniederlassungen versuchen die Niederlassungsleiter immer wieder, solche flexiblen Arbeitszeitmodelle in Betriebsvereinbarungen festzulegen.

Diese Strategie der Post AG wurde jetzt mit dem Abschluß des Einigungsstellenverfahrens in München durchkreuzt. Der Betriebsrat hat sich im wesentlichen mit seiner Position zu Gruppenarbeit und Jahresarbeitszeit in der Einigungsstelle durchgesetzt. Vereinbart wurde:

- In drei Filialen soll für ein Jahr das neue Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitmodell erprobt werden.
- Grundlage für diesen Probetrieb ist die Arbeitsorganisationsform Gruppenarbeit.
- Die Gruppe erhält weitgehende Rechte bei der Arbeitszeitgestaltung und der damit verbundenen Aufgabenverteilung innerhalb der Gruppe. So regelt die Gruppe die Arbeitszeit der einzelnen Gruppenmitglieder eigenständig und abschließend.
- Zur Aufgabe der Gruppe gehört es, einen Jahres-, Monats- und Wochenplan für die Arbeitszeiteinteilung zu erstellen. Der Wochenarbeitsplan ist spätestens am Donnerstag der Vorwoche zu erstellen und bildet die Grundlage für die dienstplanmäßige Arbeitseinteilung der Folgewoche. Damit wird gewährleistet, daß die gesetzlichen bzw. tarifvertraglichen Ansprüche, z.B. aus Überzeitarbeit, nicht verloren gehen.
- Sollten Probleme bei der Arbeitszeiteinteilung auftreten, so wurde zur Lösung dieser Probleme eine Konfliktregelungsstelle vereinbart. Diese Konfliktregelungsstelle besteht aus drei Personen (einem Gruppenmitglied, ein Mitglied benennt der Betriebsrat und ein Mitglied benennt die Niederlassungsleitung). Diese Konfliktregelungsstelle soll Lösungsvorschläge erarbeiten, die dann von der Gruppe übernommen werden können. Ist auch hier eine Lösung nicht herbeizuführen, so wird das Verfahren wieder zurück auf die Ebene Niederlassung und Betriebsrat geführt. So-



Jetzt scheint es fast sicher: Der Bundestag wird keine Änderung des Postgesetzes beschließen; die FDP ist zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Damit werden ab Jahresbeginn 1998 Billig-Jobs auf dem dann völlig unregulierten Markt für private Postanbieter möglich. Die Postgewerkschaft verlangt, daß die private Konkurrenz zur Deutschen Post AG auf soziale Mindeststandards verpflichtet wird. Bild: Mahnwache der Postgewerkschaft rund um die Uhr vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn.

lange keine Einigung über einen neuen Wochenplan erzielt werden kann, gilt der letzte gültige Wochenplan weiter.

- Die jeweils tatsächlich erbrachten Arbeitszeiten werden in einem Jahresarbeitszeitkonto erfaßt. Dieses Arbeitszeitkonto darf am Ende des Zwölf-Monatszeitraumes grundsätzlich nicht überschritten werden. Sollte jedoch keine punktgenaue Landung erreicht werden, so dürfen bis maximal zwanzig Stunden in das Folgejahr übertragen werden. Scheidet ein Gruppenmitglied innerhalb des Zwölf-Monatszeitraumes aus der Gruppe aus, so muß er gegebenenfalls noch ausstehende Arbeitszeitschulden nicht nacharbeiten. Vorhandene Arbeitszeitguthaben werden ausgeglichen.
- Bei der Wochenplanung hat die Gruppe die betrieblichen wie auch die persönlichen Belange der an der Gruppenarbeit teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen zu berücksichtigen. Darüber hinaus dürfen die Arbeitszeiten grundsätzlich arbeitstäglich acht Stunden nicht übersteigen. In Ausnahmefällen kann bis zu zehn Stunden Arbeit eingeplant werden. Wöchentlich dürfen nicht mehr als achtundvierzig Stunden Arbeit verplant werden. Bei der Aufstellung des Wochenplanes muß die Gruppe darauf achten, daß grundsätzlich keine geteilten Dienste eingeplant werden. Läßt sich dies nicht vermeiden, so darf höchstens ein geteilter Dienst pro Kraft und Woche vorgesehen werden.
- Für die zeitlichen Mehraufwendungen der Gruppenarbeit stehen den Gruppensprechern in den ersten drei Monaten einhundertundzwanzig Minuten pro Woche und den Gruppenmitgliedern jeweils sechzig Minuten pro Woche zur Verfügung. Im dritten bis fünften Monat sind für den Gruppensprecher neunzig Minuten pro Woche und für die Gruppenmitglieder je fünfundvierzig Minuten pro Woche vorgesehen; ab dem sechsten Monat dann jeweils sechzig Minuten für den Gruppensprecher und dreißig Minuten für die Grup-

penmitglieder. Diese Zeiten fließen in die Personalbemessung ein und werden somit personalwirtschaftlich wirksam. Während der Laufzeit der Gruppenarbeit soll die errechnete Gesamtarbeitszeit nicht verringert werden. Ausnahmsweise kann während der Dauer der einjährigen Erprobung aufgrund neuer Erhebung einmal eine Verringerung erfolgen.

- Die Teilnahme an Gruppenarbeit ist freiwillig. Auch Teilzeitbeschäftigte können an Gruppenarbeit teilnehmen. In der Betriebsvereinbarung wurde festgelegt, daß durch die Gruppenarbeit keine Nachteile für die Gruppenmitglieder oder für die Filialen, die nicht an Gruppenarbeit teilnehmen, entstehen dürfen.
- Die Gruppenarbeit in München beginnt am 1. März 1998 und soll für die Erprobung bis zum 28. Februar 1999 gelten. Dieser Zeitraum soll genutzt werden, um Erfahrungen und Erkenntnisse zu sammeln, die notwendig sind, um Gruppenarbeit in der Form in größerem Umfang einzuführen.

Maßstäbe gesetzt: Mit dem Abschluß der Betriebsvereinbarung sind Maßstäbe gesetzt worden, die in anderen Niederlassungen nicht unterschritten werden sollten. Da in einigen Bereichen schon Betriebsvereinbarungen zu Jahresarbeitszeitmodellen in Postfilialen bestehen, deren Inhalte unterhalb dessen liegen, was nun in München erreicht wurde, ist zu prüfen, inwieweit diese Betriebsvereinbarungen schnell aufgekündigt werden können mit dem Ziel, neue Vereinbarungen auf der Basis des oben geschilderten abzuschließen.

Das Einigungsstellenverfahren in München zeigt, daß die Strategie der Betriebsräte und der DPG aufgehen kann, wenn eine enge Zusammenarbeit erfolgt. Dieser Weg sollte weiter beschritten werden, um für die Beschäftigten die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Rainer Armbruster/
Internet-Seite DPG

Kandidatenaufstellung durch die Basis

14400 (96%) gewerkschaftlich organisierte VW-Beschäftigte in Hannover (von 15000 beschäftigten Arbeitern und Angestellten insgesamt) haben selbst entschieden, wer auf ihren Listen zu den anstehenden Betriebsratswahlen im März 1998 kandidieren soll. Bisher wurden die Listen von den Gewerkschaftsfunktionären aufgestellt. Die Konsequenz war: gefiel die Listenbesetzung den Mitgliedern nicht, blieben sie der Wahl fern, machten Stimmzettel ungültig oder wählten eine andere Liste. Die Beteiligung an der Wahl zur Listenaufstellung war nach Angaben der IGM Hannover mit 11000 Beschäftigten ein gutes Ergebnis. Der Vertreter der IG Metall Hannover, Dicken, führt die breite Beteiligung auf die Motivation der Einflußnahme zurück und kann sich die Übertragung dieses Modells auf andere Großbetriebe, wo Listenwahl vorgeschrieben ist, vorstellen. *bee (Quelle HAZ v. 17.11.97)*

Aus der Diskussion bei Opel Bochum

Druck für Persönlichkeitswahl erhöhen!

Folgenden Beitrag entnehmen wir der Belegschaftszeitung „Standort“ für die Beschäftigten bei GM/Opel Bochum vom November.

Wenn sich alle Listenschreiber zur Persönlichkeitswahl bekennen, ist das eigentlich nichts Neues. Seit über 25 Jahren gehört das zum traditionellen Ritual vor den Wahlen, dem sich keiner entziehen mag. Fragt man sich, warum es nie dazu kam? Die hauptsächlichste Gefahr für die Persönlichkeitswahl kommt aus den Reihen des Betriebsrats selbst, also von denen, die am lautesten schreien, alles für diese Form der Wahl zu tun.

Warum? Viele Betriebsräte haben ganz schön Muffe davor, wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurück zu müssen. Bei Nichtwiederwahl einen guten Job zu kriegen, ist heute auch sehr viel schwieriger als früher. Diese Angst kann man als bewußt gesteuerten Erfolg der Geschäftsleitung werten:

1. Wie jeder Unternehmer versucht auch Opel, die Betriebsräte geistig auf Kurs zu bringen: „Ihr müßt helfen, Kosten zu sparen, um somit den Standort zu sichern...“ Den Betriebsräten wird das Gefühl vermittelt, sie hätten als „Co-Manager“ echt was zu sagen. Wie ein verlängerter Arm der Personalabteilung sollen sie der Belegschaft beibringen, daß es keine Alternative zu den Spar- und Verzichtsforderungen der Firmenleitung gibt. Ziel immer: Kosten sparen zwecks

Profitsicherung...

2. Das läßt sich der Unternehmer, durch Gewährung allerlei Privilegien dann auch etwas kosten. Wie ein Tabu wird meistens die Frage der Bezahlung behandelt. Für die Ausschußmitglieder bietet Opel die pauschalen Mehrarbeitsverträge mit über 1000 DM netto Zusatzverdienst im Monat. Für alle, die mitziehen, die rasante Lohnentwicklung bis zur Lohngruppe I und J (ach Jott, ach Jott), was bei einer Ausgangsgruppe D zum Beispiel auch beträchtliche 1422 DM brutto im Monat ausmacht. Von so einer „wichtigen“, speziell bezahlten Rolle zurück an die Maloche? Unvorstellbar. Da rechnen sich dann doch viele aus, daß sie bei einem guten Listenplatz bessere Chancen als bei der Persönlichkeitswahl haben.

Seither war es dann immer so, daß aus irgendeiner Ecke drei bis vier Kollegen eine Liste eingereicht haben, Sekunden später alle anderen auch und damit war die Personenwahl kaputt. Buhmann waren dann immer die ersten, die meist auch nicht gewählt wurden.

Was hat diese Kleinstgruppen von Kollegen wohl veranlaßt, als erste eine Liste einzureichen, ohne auch nur eine reale Chance zu haben, gewählt zu werden??

Die älteren Kollegen und Kolleginnen werden die jetzigen Bekenntnisse belächeln.

Unsere Gruppe die sich ebenfalls seit 25 Jahren an den Betriebsratswahlen beteiligt, hat nie als erste eine Liste eingereicht, sondern sich immer, nicht nur mit Worten, für das Zustandekommen einer Personenwahl und gegen die Sonderzahlungen von Betriebsräten eingesetzt.

Sicherlich darf man die Bedeutung der

Wahl eines neuen Betriebsrats nicht überschätzen. Zur Durchsetzung von Belegschaftsforderungen ist die Kampfbereitschaft der gesamten Belegschaft viel wichtiger. Auch die Persönlichkeitswahl gibt keine Garantie für einen kämpferischen Betriebsrat. Doch die Belegschaft hat mehr Einfluß, wenn man bis zu 30 Einzelpersonen ankreuzen kann. Es kann dabei sowohl nach den programmatischen Vorstellungen der Kandidaten gewählt werden als auch z.B. nach deren persönlicher Einsatzbereitschaft.

Diesmal eine neue Chance für die Belegschaft, die Persönlichkeitswahl zu erzwingen...?

Die BR-Kandidaten von unserer Gruppe, die Kollegen der 1994er Liste 1 „Gegenwehr“, wollen diesmal einen Schritt weiter gehen: Verpflichtung, in Absprache mit allen anderen, keine eigene Liste einzureichen, solange keine andere(n) Liste(n) mit der erforderlichen Zahl der zu wählenden Betriebsräte beim Wahlausschuß eingereicht wird. Das heißt, es müßte schon eine Liste mit mehr als 30 Kandidaten eingereicht werden, um die Personenwahl kaputt zu machen. Wenn Listen eingereicht werden mit einer Gesamtzahl von weniger als 30, muß der Wahlausschuß, nach der gängigen Kommentierung des BVG, die Wahl neu ansetzen bzw. die Frist verlängern. Damit wäre noch Zeit die KollegInnen, die eine Liste eingereicht haben, zum Umdenken zu bewegen.

Wir sehen das als Möglichkeit, den Druck für Personenwahl zu erhöhen. Also, nicht nur alles tun für Persönlichkeitswahl, sondern auch alles unterlassen, was zur Listenwahl führt.

aus Solinet

Eine Anzeige in der Süddeutschen Zeitung: **Bluthund auf Stellensuche**

Wenn das Management in einem Betrieb die Entfernung von Menschen aus Beschäftigungsverhältnissen betreibt, wird das gewöhnlich gerechtfertigt mit der dadurch entstehenden Möglichkeit, immerhin die verbliebenen Arbeitsplätze zu sichern. Dieser Glücksritter dagegen,

der in der nebenstehenden Anzeige aus der Süddeutschen Zeitung seine Eigenung zum „Lean Manager“ (also Entlassungsbeauftragten) anbietet, hält sich nicht mit Rechtfertigungen und Begründungen auf. „Entsorgung von Komfort-Altlasten“ erscheint als Zweck an sich. Die Bezeichnung als „Charakterschwein“ nehme er in Kauf, er sei „zäh und belastbar“. Als der berüchtigte Sozialdemokrat Noske die Niederschlagung der Revolution 1919 in Berlin mit dem

Der steigende Kostendruck zwingt zur Entsorgung von Komfort-Altlasten. Für die Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen empfiehlt sich ein „Mann fürs Größte“, der die Verantwortung trägt und auch in Kauf nimmt, von Betroffenen als

„Charakterschwein“

*bezeichnet zu werden:
Erfahrener Lean Manager, 46,
mit robuster Einstellung zu einschlägigen
Aufgaben, zäh und belastbar, sucht die neue
Herausforderung als GF oder Vorstand.
☒AS1816016 an SZ.*

Satz rechtfertigte: „Einer muß der Bluthund sein“ – da schwang immerhin noch ein Element von schlechtem Gewissen in seinem Satz mit. Hier dagegen triefen dem Kampfhund die Lefzen. Aber vielleicht hat der Kläffer sich verrechnet? Erfolgreiche Manager geben keine Stellenanzeigen auf. Ein Geschäftsführer, der die Beschäftigten provozieren will und keine Argumente hat, kann schnell scheitern. Belegschaften sind keine wehrlosen Lämmer.

mif

„Tarifautonomie und Flächentarifvertrag“

Vom 20. bis 22. November 1997 führte der Vorstand der IG Metall eine Konferenz zum Thema „Tarifautonomie und Flächentarifvertrag“ in Darmstadt durch. Etwa 450 Teilnehmer – ca. ein Drittel Hauptamtliche und zwei Drittel Ehrenamtliche – diskutierten drei Tage lang tarifpolitische Reformansätze. Zur Freude nicht weniger Teilnehmer hielt Zwickel in seinem Eingangsreferat der bisher im wesentlichen nur strukturell behaupteten und begründeten Reformnotwendigkeit (Öffnungsklauseln, Branchenfenster, Härtefallregelungen) hinsichtlich des Flächentarifvertrages inhaltliche Anforderungen entgegen. wog

Aus: Konferenzunterlage des IG-Metall-Vorstandes, VB 01/VB 02.

Auf den ersten Blick besteht kein Grund zur Beunruhigung: Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie werden durch verbindliche Tarifverträge geregelt (nach Schröder/Rupert 1994: 66,3% in den alten Bundesländern und 56,8% in den neuen Bundesländern – ohne Berücksichtigung der Tarifbindung über Firmentarifverträge). (...) In der gesamten Bundesrepublik gibt es rund 43 000 Tarifverträge, allein im Organisationsbereich der IG Metall 381 Tarifverträge in der Metall-, Eisen- und Stahlindustrie, 754 im Metallhandwerk sowie 1 102 Firmentarifverträge für 674 Unternehmen. (...)

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die Stabilität des vorhandenen Gerüsts an einigen Stellen brüchig wird. (...)

Die Angriffe der Arbeitgeber auf das Tarifsysteem erfahren Unterstützung durch die herrschende Politik neoliberaler Prägung. Dabei wurde von politischer Seite der Kritik am bestehenden Tarifsysteem bereits im letzten Jahrzehnt durch zahlreiche Eingriffe und Vorstöße Vorschub geleistet (1986 Veränderung des Streikparagraphen 116 AFG, 1993 Androhung gesetzlicher Öffnungsklauseln im Metallkonflikt Ost, 1994 Änderung des AFG mit der Konsequenz einer Absenkung der ABM-Tarife, 1996 gesetzliche Absenkung der Lohnfortzahlung). Nun wird von politischer Seite offen mit gesetzlichen Öffnungsklauseln gedroht, sollten die Tarifvertragsparteien – sprich: die Gewerkschaften – nicht bald zu einer einschneidenden Veränderung des Tarifsystems bereit sein (...) Diskutiert werden Vorhaben, den Tarifvorrang des § 77 (3) BetrVG abzuschaffen oder einzuschränken oder das Günstigkeitsprinzip nach § 4 des Tarifvertragsgesetzes so neu zu gestalten, daß nicht nur tatsächliche Verbesserungen per Einzelvertrag, sondern auch Veränderungen und Verschlechterungen per Kollektivvereinbarung als „günstiger“ für den Ar-

beitnehmer bzw. die Belegschaft interpretiert werden könnten. Die Stoßrichtung ist klar und eindeutig: die Betriebsparteien sollen ermächtigt werden, von Tarifverträgen nach unten abzuweichen. (...)

Klaus Zwickel, Rede zur tarifpolitischen Tagung

(...) Der Tarifvertrag ist Zielscheibe von Angriffen der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie von Teilen der Politik.

Tarifverträge sind offenkundig bei einem Teil der Arbeitgeber zu Verträgen minderen Rechts, zu Vereinbarungen zweiter Klasse geworden. (...)

Als Antwort auf diese Haltung ist nicht unser Reformwille gefragt, sondern unsere Widerstandskraft gefordert. (...)

Die Arbeitgeber sagen zwar „betriebsnah“, meinen aber „gewerkschaftsfrei“. Die Ordnungsfunktion des Flächentarifs und der Friedenspflicht – und damit der Gewerkschaft soll erhalten bleiben und ausgenutzt werden. Die konkrete Regelung soll aber mit Betriebsräten erfolgen, die der Friedenspflicht aus dem Tarifvertrag und dem Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit aus dem Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet sind.

(...) der Schlichtungsspruch über die Altersteilzeit hat viele Aspekte. (...) Er hat nicht nur inhaltliche, sondern auch strukturelle Probleme aufgeworfen. Die inhaltlichen Probleme – so meine Überzeugung – sind gelöst! (...) Nun zur strukturellen Seite: Die Arbeitgeberverbände, nicht die IG Metall, haben diesen Tarifvertrag in der Öffentlichkeit zum Modell des Flächentarifvertrags der Zukunft hochgejubelt. Dem widerspreche ich entschieden.

Wir wollen auch in Zukunft nicht, daß die Bestimmungen der Flächentarifverträge erst durch freiwillige Betriebsvereinbarungen in Kraft gesetzt werden müssen – oder umgekehrt dadurch auch ausgesetzt werden können. Solche Schritte sind keine Wege zur Reform der Flächentarifverträge. (...)

Für die Reform des Flächentarifvertrages besteht zweifelsfrei Bedarf. Die IG Metall weiß das nicht erst seit heute. Wir führen diese Diskussion schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Schon damals war klar, daß Tarifregelungen von Anfang der 60er Jahre die Arbeitswirklichkeit Ende der 80er Jahre kaum wirksam gestalten

können. (...)

Wir wollten für neue Produktionskonzepte und geänderte Arbeitsorganisation, für Gruppen- und Projektarbeit, für Leistungsentgelte und Leistungsbedingungen, für Eingruppierung und Qualifikation einen neuen tariflichen Gestaltungsrahmen schaffen. Die Arbeitgeberverbände sind am Ende überall aus den Verhandlungen ausgestiegen. (...) Die Metallarbeitgeber haben damals inhaltliche Reformen zur Zukunftssicherung des Flächentarifvertrages verweigert. Sie wollen jetzt die strukturellen Veränderungen (...) Ohne inhaltliche Erneuerung kann es keine strukturelle Veränderung geben. (...)

Wir stellen unterschiedliche Möglichkeiten zur Diskussion, den betrieblichen Gestaltungsspielraum zu erhöhen. Ein Weg sind tarifliche Wahlmöglichkeiten, d.h. mehrere Lösungsmöglichkeiten für einen Sachverhalt im Flächentarifvertrag. Ein anderer, neuer Weg sind Bau-

steine oder Module. Ein dritter Weg könnten betriebliche Zusatztarifverträge mit betrieblichen Tarifkommissionen sein. (...)

Am Anfang muß die Frage stehen, ob und in welchem Umfang Betriebsräte und Vertrauensleute eine Verlagerung von Regelungen auf die betriebliche Ebene denn überhaupt für sinnvoll halten. Meine Erfahrung der letzten Wochen und Monate ist, daß die Antworten dar-

auf zumindest sehr zwiespältig sind. Insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen in den Klein- und Mittelbetrieben wird vieles äußerst skeptisch bis ablehnend gesehen. (...) Betriebliche Funktionen wollen die Norm des Tarifvertrages. Als festen Halt in einer Umbruchsituation. (...) Viele Indizien weisen darauf hin, daß größere betriebliche Gestaltungsfreiheit nicht als Bereicherung erfahren, sondern als Belastung empfunden würde. Wir müssen diese Frage auf jeden Fall auf dieser Konferenz diskutieren.

Und vielleicht ist die Forderung nach verbindlichen Tarifverträgen auf der einen Seite und die Vereinbarung betrieblicher Abweichungen auf der anderen Seite durch ein- und dieselben Personen eben nicht Ausdruck von politisch unzulässiger Bewußtseinsspaltung, sondern Ergebnis listiger Vernunft, des Versuchs in schwierigen Zeiten zurecht zu kommen, eines Versuchs, den wir zur Kenntnis nehmen müssen.



„... Petra Pau strahlt nach der Abstimmung über beide Wangen ...“

Als einen grundsätzlichen Richtungswandel wurde die Verabschiedung des „Reformpolitischen Sofortprogramms“ am 22./23.11.97 auf dem Landesparteitag der Berliner PDS von vielen Kommentatoren in und außerhalb der Partei betrachtet. Es wird erwartet, daß andere Landesverbände diesem Kurs folgen werden, und nach letzten Presseberichten scheint dies z.B. in Brandenburg schon der Fall zu sein.

Ob es die Bürde, Hauptstadt zu sein oder die Nähe zu dieser ausmacht, daß sich manche offensichtlich in der Verantwortung für „Volk und Vaterland“, sprich für die Sanierung des Haushalts, fühlen? Tatsache ist, daß einige ganz ernsthaft meinen, sie seien in der Pflicht, Vorschläge für ein Notprogramm zu machen, weil sonst der Berliner Senat – wenn nicht morgen, dann aber übermorgen – zahlungsunfähig werden könnte. Das Berliner „Volk“ erwarte konkrete, handhabbare Maßnahmen. Deshalb müsse die Partei Politikfähigkeit beweisen.

Wie diese Politikfähigkeit dann konkret aussieht, soll weiter unten am Beispiel des öffentlichen Dienstes beschrieben werden. Praktisch läuft es darauf hinaus, daß sich die PDS in ihren Positionen immer mehr an die der anderen Parteien annähert, so daß die Unterschiede verwischen.

Magdeburger Verhältnisse wollen manche und übersehen, daß in Berlin SPD, Grüne und PDS die Mehrheit haben könnte, wenn nicht SPD und Grüne sich verweigern würden. Aber sie verweigern sich und werden es, wie sofort in der Presse verkündet, weiterhin tun, egal, wie nah die PDS inhaltlich an sie ranrückt.

Der Charakter und die Aufgabenstellung von Opposition in der bürgerlichen Demokratie wird durch eine solche Politik entwertet, außerparlamentarische Opposition gar überflüssig. Nur noch die parlamentarische Arbeit (gleichgesetzt mit Politikfähigkeit) scheint zu zählen. Das ist im Programm der PDS noch anders nachzulesen.

Vieles ließe sich zu dem verabschiedeten „Reformpolitischen Sofortprogramm“ schreiben. Hier soll vor allem auf einen Punkt eingegangen werden, der in seiner Tragweite von vielen nicht erkannt worden ist. Es geht um den Unterpunkt „Solidarische Umverteilung von Arbeit und Einkommen im öffentlichen Dienst Berlins“.

Als erstes werden in diesem Punkt die Personalkosten des Landes den geplanten Steuereinnahmen gegenübergestellt und festgestellt, daß die Bezahlung der Löhne, Gehälter und Besoldungen der Beschäftigten das gesamte Steuerauf-

kommen des Landes Berlin frißt. Hier wird als Sofortmaßnahme nicht die Eintreibung ausstehender Steuern und mehr Kontrollen der Firmen durch die Finanzämter verlangt, nein, hier wird als Sofortprogramm die „solidarische Umverteilung von Arbeit und Einkommen“ von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verlangt.

Nun haben viele sicher den Vorstoß des ÖTV-Vorsitzenden Mai, der für Beschäftigungssicherung und -schaffung im öffentlichen Dienst die Möglichkeit von sozial gestaffeltem Lohnausgleich anbot, verfolgt und auch die Tatsache, daß die Mitgliedschaft ihm hier nicht ganz gefolgt ist.

Trotz dieser Diskussion und auch vorangegangener strittiger Diskussionen mit Gewerkschaftsmitgliedern um die Frage von Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung beschloß nun der Landesparteitag, daß der Senat über die öffentlichen Arbeitgebervereinigungen den Gewerkschaften folgendes Angebot unterbreiten soll:

„... eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit um 10 Prozent, mit • einer 10%igen Einkommensminderung für die Gehaltsgruppen ab Ia aufwärts, • einer 7,5%igen Einkommensminderung für die Gehaltsgruppen Ib, IIa und IIb, • einer 5%igen Einkommensminderung für die Gehaltsgruppen III und Iva und • vollem Lohnausgleich für all übrigen Gehalts- und Lohngruppen ...“

Nun soll hier nicht um die Frage gestritten werden, ob überhaupt Lohnausgleich bzw. in welcher Höhe. Daß die Frage von Arbeitszeitverkürzung umstritten ist, sieht man an der Diskussion in der ÖTV und in anderen Gewerkschaften. Und Tatsache ist auch, daß es noch keine Arbeitszeitverkürzung ohne irgendwelche Gegenleistung gegeben hat. Aber es macht einen wesentlichen Unterschied, ob die Gewerkschaften in ihrem internen Diskussionsprozeß zu einer Forderung kommen, oder ob von außen Einmischung erfolgt. An der Frage der Tarifautonomie haben sich schon andere die „Zunge“ verbrannt. Daß ausgerechnet in diesen Zeiten, wo die Gewerkschaften eh mit dem Rücken zur Wand stehen, eine sich sozialistisch verstehende Partei meint, gute Ratschläge erteilen zu müssen, ist nicht nur falsch und dumm. Es erinnert auch fatal an noch nicht allzulang vergangene Zeiten, wo es selbstverständlich war, daß die Gewerkschaften eben Gefolgschaft leisteten. Und die Partei, die Partei, die hat immer (noch) ...

Es ist auch eine Abkehr vom Flächen-tarifvertrag, den die PDS auf ihrem Schweriner Bundesparteitag ebenso verteidigt hat wie die Arbeitszeitverkürzung

Streitpunkt geklärt

In den Politischen Berichten 17/97 hatten wir davon berichtet, daß sich die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung“ in einem Offenen Brief dagegen gewandt hat, daß in Baden-Württemberg von Beitrittswilligen per Eintrittsformular eine Erklärung verlangt wird, daß sie in keiner anderen Partei Mitglied sind, und daß von Beitrittswilligen, die ihren Beitritt auf einem anderen als diesem Formular erklären, eine solche Erklärung verlangt wird, bevor ihnen die Mitgliedskarte ausgehändigt wird. Der Bundesgeschäftsführer D. Bartsch, der die neuen Eintrittsformulare nach dem Schweriner Parteitag hatte erstellen lassen, hatte sich aufgrund des Offenen Briefes an die Schiedskommission gewandt und sich bestätigen lassen, daß die Eintrittsformulare nicht zu beanstanden seien – eine Antwort, die nicht weiterhalf, weil die Frage den Kern des Streitpunktes, ob der Beitrittswillige den Nachweis zu erbringen hat, daß er einer anderen Partei nicht angehört, ob sein Eintritt also nur mit diesem Formular vollzogen wird, vermied.

Inzwischen scheint uns dieser Streitpunkt geklärt. Im Rahmen eines Verfahrens, in dem es um die Doppelmithgliedschaft in PDS und einem Kommunalbündnis ging (siehe Politische Berichte 24/97), hat der Vorsitzende der Bundesschiedskommission in öffentlicher Verhandlung beiläufig auch die Auskunft erteilt, daß es zwar berechnete Interessen gebe und verschiedene Gründe dafür sprächen, Eintrittsformulare in gedruckter Form vorrätig zu halten. Dies habe jedoch nicht umgekehrt zur Folge, daß nur Eintrittserklärungen auf solchen Formularen wirksam seien. Erforderlich sei laut Statut lediglich die Schriftform; diese sei auch dann gewahrt, wenn der Eintritt etwa handschriftlich und formlos auf einem Zettel erklärt werde.

Das Beharren auf sonstigen Erklärungen ist demnach willkürlich. scc

mit Lohnausgleich.

Natürlich gab es Streit um diesen Abschnitt im Sofortprogramm. Es wurden Fragen an die Verfasser gestellt: Was empfiehlt Ihr dem Senat, wenn die Gewerkschaft mehr erkämpft oder wenn in der nächsten Tarifrunde es um eine reine Lohnrunde geht? Wird die PDS die Gewerkschaften in der Tarifrunde unterstützen? Habt Ihr Euch überlegt, in welche Situation damit die PDS-Mitglieder in den Gewerkschaften geraten? Und natürlich gab es auf diese Fragen keine Antwort.

Was tun also als Gewerkschaftsmitglied? Beschlüsse beweisen sich in der Realität des Alltags. Deshalb darf weiter gehofft werden. har

Konferenzbericht

Etwa 200 Leute nahmen an der Konferenz, die von den Initiatoren der Unterschriftensammlung "Wir wollen PDS auch im Westen" für den 7.12. in Frankfurt/Main terminiert worden war, teil. Anwesend waren Mitglieder des Bundesvorstandes, der Bundestagsgruppe und nicht wenige Mandatsträger und Funktionäre der PDS aus Ostdeutschland.

Die einleitenden Referate hielten Lothar Bisky und der hessische Landesgeschäftsführer Harri Grünberg. Lothar Bisky begann seinen Beitrag mit dem Hinweis, daß er die warnenden und besorgten Stimmen, den Charakter und Zweck der Konferenz betreffend, registriert habe. Sein Referat war vermittelnd. Er betonte wiederholt, daß im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf die PDS "als Ganzes" erkennbar sein müsse, daß aber ungeachtet der vorhandenen Unterschiedlichkeiten eine Verständigung aller Mitglieder notwendig sei, damit das Wahlkampfziel erreicht werden kann. Der hessische Landesgeschäftsführer hielt eine bewußt zugespitzte Rede gegen Sektierertum, linkstraditionalistische Einengungen usw.

Den Referaten folgte eine ausgesprochen rege und kontroverse Debatte. Die Konferenz wurde vom Präsidium gegen 16 Uhr beendet, ohne daß alle Teilnehmer, die sich zu Wort gemeldet hatten, Gelegenheit bekamen sich zu äußern. Sicherlich ein Drittel der Anwesenden, die zu Wort kamen, sprachen sich – mit unterschiedlichen Argumenten – gegen eine Ausgrenzung von Politikansätzen und gegen eine Einmischung in die Entscheidungsfindung der Landesverbände aus. Es lagen auch eine Reihe von schriftlichen Stellungnahmen vor, die sich kritisch mit dem Zweck der Konferenz auseinandersetzten. So z.B. ein im Kasseler

Kreisverband einstimmig verabschiedetes Papier, das die Offenheit der PDS unter ausdrücklicher Bezugnahme auf des Parteiprogramm verteidigt. In Hessen hatte es im November eine Landesversammlung gegeben, auf der die Unterschriftensammlung nicht zur Sprache kam, obwohl einige ihrer Initiatoren anwesend waren und beabsichtigt war, den Text einen Tag später in Frankfurt/Main zu beschließen.

Auf der Konferenz entstand der Eindruck, daß auch einige der Unterzeichner der Unterschriftensammlung – vermittelt durch den Diskussionsverlauf – Zweifel hatten, ob es so sinnvoll war, im Westen den Einstieg in den Wahlkampf mit einer Tagung zu beginnen, die sich gegen Teile der Mitgliedschaft richtet.

Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Bundesvorstandes, etwa gab ein Bekenntnis zur Meinungs- und Koalitionssfreiheit in der PDS ab, um dann darauf zu verweisen, daß Beschlüsse des Bundesparteita-

PDS im Westen stärken

Wir wollen mit mehr als 5% in den Bundestag und damit einen Beitrag für den notwendigen Politikwechsel leisten. Wir wollen eine sozialistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland, dafür brauchen wir eine starke PDS auch im Westen.

Wir werden Akzeptanz für reformorientierte sozialistische Politik nur erringen, wenn wir uns von avantgardistischen und sektiererischen Politikkonzepten trennen. Unsere Politik muß linkstraditionalistische Einengungen überwinden. Wir müssen mit nachvollziehbaren Konzepten Antworten auf die konkreten Probleme der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geben. Dazu gehören die Forderungen zur Verbesserung der sozialen Situation und nach gerechterer Verteilung gesellschaftlichen Reichtums ebenso wie z.B. die Auseinandersetzung mit dem „Euro“ und der „Inneren Sicherheit“.

Dafür ist u.a. eine stärkere politische Präsenz der westlichen Landesverbände in der Öffentlichkeit dringend notwendig. Wir setzen uns deshalb folgende Ziele und wirken für ihr Erreichen in unseren Landesverbänden:

1. Zur Bundestagswahl 1998 wollen wir die Stimmen für die PDS in Westdeutschland verdoppeln.
2. Wir werden in Westdeutschland in mindestens 200 Wahlkreisen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten aufstellen.
3. Wir wollen eine gemeinsame Wahlkampfaufaktveranstaltung der PDS in Westdeutschland im August in Köln durchführen, auf der sich die Landesverbände der PDS mit ihrer Politik und ihren Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren.
4. In die zukünftige PDS-Fraktion wollen wir über die Landeslisten in Westdeutschland mindestens 6 PDS-Abgeordnete entsenden.

5. In mindestens 100 Städten in Westdeutschland werden wir die PDS-Aktionstage durchführen, beginnend mit dem Aktionstag „Euro – So nicht!“ am 13. Dezember 1997.

6. Bis Ende 1998 wollen wir 1.000 neue Mitglieder gewinnen.

7. Insbesondere für die jüngeren Mitglieder wollen wir mehr inhaltliche und das politische Know-how betreffende Qualifizierung. Dazu brauchen wir dringende Unterstützung durch den Parteivorstand.

8. Nach den Bundestagswahlen werden wir uns auf die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in ausgewählten Städten konzentrieren. Dafür, aber auch für die kommunalpolitische Arbeit unserer jetzigen und zukünftigen Abgeordneten werden wir die kommunalpolitische Bildungsarbeit und Vernetzung verstärken. Ein Schritt dazu ist die für 1998 geplante Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Marburg.

9. Wir nehmen die Initiative von Lothar Bisky auf und werden uns nach den Bundestagswahlen auf die Entwicklung landespolitischer Kompetenz konzentrieren. Unser erstes Ziel, auf der Landesebene Fuß zu fassen, wollen wir bei der Bürgerschaftswahl in Bremen verwirklichen.

10. Wir wollen in Schwerpunktgebieten, in denen wichtige Etappenziele im Aufbau der PDS realisiert werden sollen, in Kooperation mit dem Parteivorstand die Infrastruktur (Büros, hauptamtliche Kräfte) verdichten.

Frankfurt, den 7. Dezember 1997

(Heike Berg, Rolf Gensert, Harri Grünberg, Uli Schippels, Richard Pitterle, Knud Vöcking, Claudia Gohde, Andrea Link, Meinhard Meuche-Mäker, Klaus-Rainer Rupp)

Dieser Text lag den zum Schluß noch rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Frankfurter Konferenz vor und wurde mit einigen kleineren Veränderungen, die bei Redaktionsschluß schriftlich noch nicht vorliegen, mehrheitlich verabschiedet.

Kommentar: Das oben dokumentierte Kongreßergebnis scheint die Aufregung, die seine Entstehung verursacht hat, nicht wert zu sein. Es handelt sich um eine im Stil der Aufgebote zum X, Y oder Zten Parteitag gehaltene Absichtserklärung. Wann gab man solche Erklärungen ab? Nicht, wenn man das angepeilte Ergebnis erwartete, sondern bei Zweifeln. Die Erklärung strahlt tiefen Pessimismus aus, die Erklärenden glauben selbst nicht, was sie andere glauben machen wollen, kein Wunder, daß der gesunde Menschenverstand sich provoziert fühlt. Ein zweites Problem ist ähnlicher Art. Was die Resolutionierenden selbst tun wollen, um die angesagten Ziele zu erreichen, sagen sie nicht. Hier brechen sie aus der Tradition der Selbstverpflichtung aus. Sie sagen nur, was andere tun sollen. Es sind ja andere gemeint, die sich von „avantgardistischen und sektiererischen Politikkonzepten trennen“ sollen. Dies ist doch gerade der Standpunkt des Avantgardisten, der alle und alles andere jederzeit überblickt und einzuordnen weiß. Wäre es, liebe Genossinnen und Genossen, nicht kommunikativ, ihr würdet mitteilen, wodurch ihr Euch in dem Rahmen, in dem ihr selber kompetent seid, nützlich machen wollt? Der oben stehende Wunschzettel gipfelt in einem Punkt 10: „Infrastruktur (Büros, hauptamtliche Kräfte) verdichten“. Und wer zahlt? Totenstille. Große Pläne mit anderer Leute Zeit und Geld. Das ist nicht demokratisch, das ist noch nicht mal mehr bürokratisch, sondern, wie könnte man es bloß sagen – bürowahnisch? maf

PDS/Landesliste aufgestellt

Eva Bulling-Schröter führt bayerische Landesliste an. – Die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter wird die Landesliste ihrer Partei zu den kommenden Bundestagswahlen anführen. Mit 71% der Stimmen wurde sie gestern auf dem Landesparteitag der demokratischen SozialistInnen in München gewählt.

Die PDS Bayern will bei den Bundestagswahlen ein deutlich besseres Zweitstimmenergebnis als 1994 erreichen und ihren Beitrag dazu leisten, daß die Gesamtpartei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt und mit Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht.

Mit vielen jungen KandidatInnen auf der Landesliste will die PDS auch ihre HauptwählerInnengruppe der 18–30jährigen mit adäquaten KandidatInnen ansprechen. Inhaltlich wird die PDS einen entschiedenen Wahlkampf gegen die Bonner Koalition und in Bayern gegen die CSU mit ihren neoliberalen Konzepten führen. Themen werden die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, mehr Steuergerechtigkeit, der Kampf gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Faschismus sowie der Einsatz für mehr Demokratie gerade hier in Bayern sein.

Für die bayerische PDS hat mit dieser Versammlung der Wahlkampf begonnen. In den nächsten drei Monaten wird sich die Partei mit der Landesliste an der Diskussion um das Wahlprogramm der Bundespartei beteiligen und an regionalen politischen Schwerpunkten arbeiten.

Interview mit Madjiguène Cissé, Sprecherin der Coordination nationale des sans-papiers in Frankreich

„Wir müssen unseren Kampf wieder von vorne beginnen“

Am 31. Oktober endete die Frist, innerhalb derer die sans-papiers ihre Dossiers zur Regularisierung ihres Aufenthaltes in Frankreich abgeben konnten. Welche Bilanz ziehen die sans-papiers aus fünf Monaten Linksregierung?

Fünf Monate nach dem Wahlsieg der sozialistischen Partei kämpfen die sans-papiers noch immer und sie werden weiter kämpfen müssen. Der Innenminister hat eine Verordnung erlassen, in der den sans-papiers angeboten wird, einen Antrag auf Regularisierung zu stellen. Bis zuletzt haben 140.000 Menschen einen solchen Antrag gestellt, doch nur rund 10.000 Menschen haben Papiere bekommen – keine langfristigen Aufenthaltsgenehmigungen, sondern nur kurzfristige, über sechs Monate oder maximal ein Jahr. Wir sind ein wenig enttäuscht, denn nach dem Wahlsieg der Linken haben wir sans-papiers geglaubt, daß wir jetzt Papiere bekommen werden. Jetzt mußten wir feststellen, daß die linke Regierung fast genauso reagiert wie die rechte.

Der Kampf der sans papiers dauert nun schon seit mehr als eineinhalb Jahren an. Wie reagiert die französische Öffentlichkeit inzwischen auf die Forderungen der sans-papiers?

Unter der rechten Regierung hat uns ein Großteil der französischen Bevölkerung unterstützt: Einzelpersonen, ebenso wie kleinere Organisationen, aber auch große Gewerkschaften oder große Parteien. Im August 1996 haben 56% der Franzosen laut einer Umfrage Sympathie mit den Anliegen sans-papiers bezeichnet. Nach dem Wahlsieg der Linken hat sich das verändert: Dieselben Organisationen, die uns vor kurzem noch unterstützten und alle unsere Flugblätter unterstützen haben, sagen heute: „Papiere für alle“ zu fordern, das sei nicht realistisch. Oder das gegen das Einwanderungsgesetz des neuen Innenministers Chevenement zu kämpfen, sei nicht opportun. Sie erwecken den Eindruck, ihre Ansichten von vor einem halben Jahr komplett über Bord geworfen zu haben. Und plötzlich haben wir jetzt Probleme mit den großen Unterstützungsorganisationen. Probleme haben wir aber auch, weil die linke Regierung wesentlich schlauer agiert als die rechte. Der linken Regierung ist es gelungen, die öffentliche Meinung zu täuschen, indem sie eine Verordnung erläßt, die die meisten Franzosen glauben läßt, die sans papiers würden jetzt regularisiert werden. Wir müssen unseren Kampf jetzt

wieder von vorne beginnen.

Sehr spektakulär war die Unterstützung, die die sans-papiers aus dem kulturellen Leben, vor allem von den FilmemacherInnen erfahren haben. Wie stehen sie heute zu den sans papiers?

Ja, die haben eben wieder eine Petition geschrieben. Sie sind dabei, sich wieder neu zu organisieren. Letztes Jahr war es den Intellektuellen gelungen, eine riesige Demonstration in Paris zu organisieren und 150.000 Menschen gingen auf die Straße. In der neuen Petition fordern sie die Regierung auf, allen sans-papiers, die einen Antrag auf Regularisierung gestellt haben, Papiere zu geben. Es ist nach wie vor eine wichtige Sache, daß die Intellektuellen die sans-papiers in ihrem Kampf unterstützen.

Wie ist das Verhältnis zwischen sans-papiers und Unterstützerbewegung denn grundsätzlich? Zu manchen Demonstrationen rufen nur die sans papiers auf, zu ändern nur die Unterstützerorganisationen. Ist da eine gewisse Spaltung vorhanden?

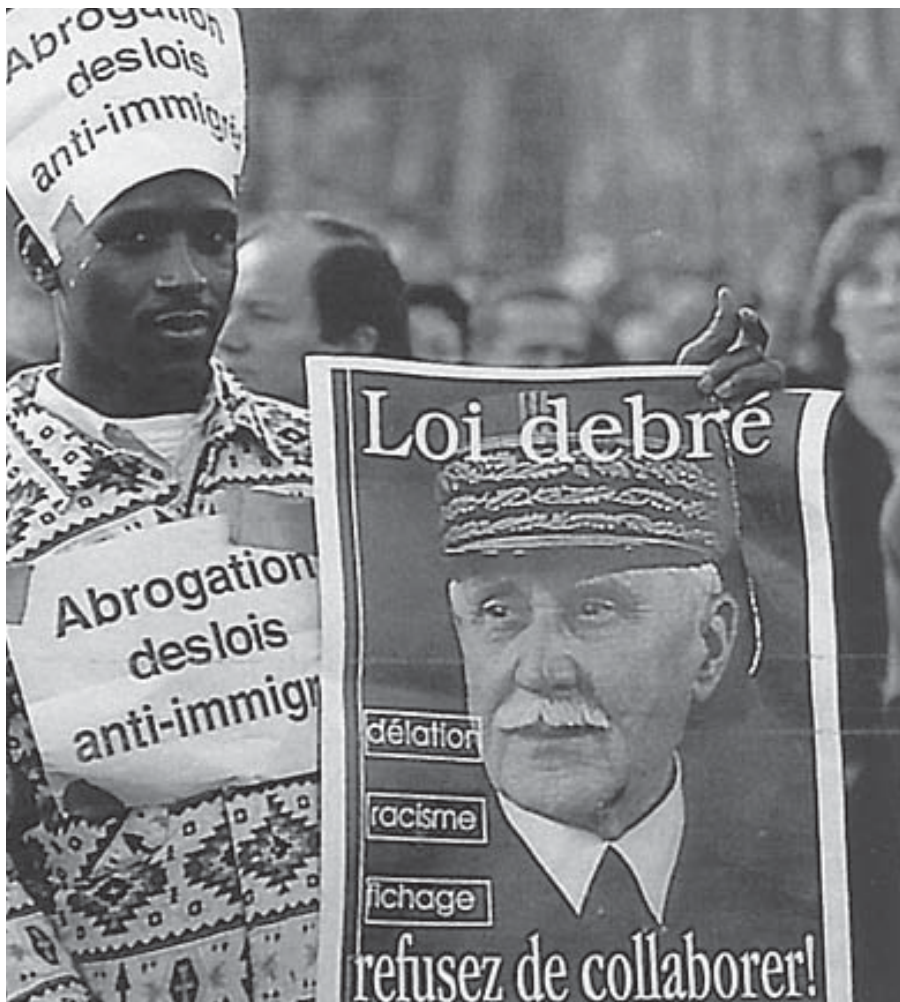
Nein, das ist keine Spaltung, das war schon immer so. Die Unterstützerorganisationen haben immer zwei Schritt vor und dann einen zurück gemacht. Als Franzosen sind sie etwas frustriert, weil die sans-papiers in ihren Augen zu stark die Initiative ergriffen haben. Deswegen haben sich viele Organisationen jetzt zusammengesetzt und gesagt: wir als Franzosen müssen selbst etwas gegen diese französischen Gesetze auf die Beine stellen und nicht immer erst auf die sans-papiers warten. Das ist eine gute Sache, wenn auch die Franzosen angesichts dessen, was in ihrem Land geschieht aktiv werden. Die Hauptsache für uns sans-papiers aber ist, daß wir uns selbst organisieren. Wir haben aus der Erfahrung gelernt und wissen, daß es entscheidend ist, zuerst einmal auf die eigene Kräfte zu bauen.

Dossiers von 140.000 sogenannten „Illegalen“, also Menschen ohne Papiere, bedeuten ja auch eine riesige Datenbank. Besteht darin nicht eine Gefahr, wenn die Regierung über so eine immense Menge an Informationen verfügt?

Ja, das ist eine große Gefahr, denn die Leute hatten großes Vertrauen. Sie sind zur Polizeipräfektur gegangen, um ihre Dossiers abzugeben und jetzt verfügt die Polizei über Angaben von über 140.000 Menschen. Sie haben die Adresse, Kopi-

→ ges zu respektieren seien. Wer diese Beschlüsse – gemeint war die Kandidatenfindung bei Wahlen – ablehne, müsse dafür Mehrheiten gewinnen.

Etwa zwei Drittel der gegen Ende noch anwesenden ca. 150 Konferenzteilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, die die von den Initiatoren beabsichtigte Wendung gegen das sogenannte Sektierertum enthält. Über den eigentlichen Text dieser Erklärung, insbesondere was die praktischen und organisatorischen Vorschläge für die Wahlkampfführung betrifft, wurde so gut wie nicht diskutiert. Auch die Probleme der Kandidatenfindung wurden – von allgemeinen Hinweisen auf die Parteitagebeschlüsse abgesehen – von niemand ausdrücklich thematisiert. Setzt man den Aufwand, der für die Durchführung dieser Konferenz betrieben wurde ins Verhältnis zur Anzahl der Teilnehmer und dem Diskussionsverlauf, ist die politische Wirkung und der damit verbundene Schaden wahrscheinlich eher begrenzt. Die Wahlkampfführung wird jetzt sowieso unter Beteiligung möglichst aller, die einen Wahlerfolg wünschen, in den Kreis- und Landesverbänden erörtert. ola



en von allen Papieren, Paß, Geburtsurkunde und die Adressen der Arbeitsstellen. Wenn die Polizei nun jemand abschieben will, dann hat sie ein leichtes Spiel. Sie brauchen nicht mehr nach Pässen oder irgendwelchen anderen Papieren zu fragen, um die Leute zu identifizieren, sie können die Leute sofort abschieben. Wir sind sehr besorgt und unruhig deswegen.

Was habt ihr für diese Szenario, für den Fall von Massenabschiebungen vorbereitet? Wie werdet ihr darauf reagieren?

Pläne gibt es schon. Wir haben immer versucht, uns gegen diese Abschiebungen zu organisieren. Es gibt eine spezielle Gruppe, die eigens dafür zuständig ist, Abschiebungen zu verhindern. Vor einigen Tagen beispielsweise wurde ein sans-papiers vom Valle-de-Marne, das ist in der Vorstadt, von der Polizei festgenommen. Er sollte abgeschoben werden und wir haben schnell Kontakt mit dieser Gruppe aufgenommen. Die Gruppe hat am Flughafen von Roissy ein Flugblatt verteilt, um damit die Abschiebung zu verhindern. Wir haben vor den Justizpalast mobilisiert, wo dann die Verhandlung dieses sans-papiers stattfand und unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde er schließlich freigelassen. Wir organisieren gerade in Paris und Umgebung, aber auch in anderen Departements Möglichkeiten und Aktionsformen, wie wir

künftig gegen Abschiebungen kämpfen werden. Wir rechnen damit, daß nach dem 1. November sehr viele sans-papiers Briefe von der Polizeipräfektur erhalten werden, in denen sie aufgefordert werden, Frankreich sofort zu verlassen.

Im Gegensatz zur allgemeinen Situation sind von den 300 Mitgliedern des ersten Kollektivs der sans-papiers, des Kollektivs von „St. Ambroise“ und „St. Bernard“ bis auf 34 Personen alle legalisiert. Wie setzt sich die Bewegung der sans-papiers heute zusammen und was ist ihre Perspektive?

Die Leute von St. Bernard haben in der Tat fast alle Papiere bekommen. Nicht weil sie günstigere Voraussetzungen gehabt hätten, sondern weil sie unerbittlich gekämpft haben. Sie haben Demonstrationen gemacht, sie haben auch härtere Aktionen, wie Besetzungen organisiert. Deswegen hat ihnen die Regierung Papiere gegeben. Die anderen sans-papiers haben dieses Beispiel gesehen und wollen es genauso machen. Alle Kollektive sind in einer frankreichweiten, nationalen Koordination zusammengeschlossen, die versucht, den Kampf überall in Frankreich zu organisieren und zu koordinieren. Die coordination nationale bereitet die großen Demonstrationen und die gemeinsamen Aktionen vor, wie zum Beispiel Ende Oktober den Aktionstag gegen Abschiebelager. Es gab eine Akti-

on am Donnerstag und verschiedene Demonstrationen vor Abschiebelagern in ganz Frankreich: in Orleans, in Toulouse in Lille, in Nantes, aber auch in Paris. So versuchen wir, den Kampf weiter zu führen.

Die Kampagne gegen Abschiebungen und Abschiebelager ist ja langfristig angelegt und soll auch über die Grenzen hinweg international funktionieren. Was sind eure Vorstellungen von dieser Kampagne?

Die Kampagne begann am 18. Oktober mit einer Demonstration in Lille. Die Kampagne soll fortgesetzt werden mit Aktionen, mit Versammlungen, aber auch mit internationalen Konferenzen zusammen mit anderen Gruppen aus anderen europäischen Ländern. Es handelt sich ja schließlich um kein auf Frankreich begrenztes Problem, sondern ein europäisches Problem, ein Problem der EU, die ihre Grenzen abschotten will. Gegen diese Politik der geschlossenen Grenzen, gegen die Abschiebungen versuchen wir ein Netzwerk in ganz Europa aufzubauen. Wir verfügen bereits über ein Menge von Kontakten nach Deutschland, Italien, Belgien, Spanien, Portugal und die Niederlande. Wir wollen Anfang des kommenden Jahres, im März oder im April in Paris zu einem europaweiten Treffen zum Thema Abschiebungen und zur Situation von MigrantInnen einladen.

Letzte Frage: Papiere für alle, die – teilweise schon sehr lange – hier leben, müßte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. In vielen Ländern wie Italien oder Portugal kam es in den letzten Jahren ja auch zu großangelegten Legalisierungen von mehreren Hunderttausenden von illegalisierten MigrantInnen. Gibt es aber nicht auch die Gefahr, daß die Forderung nach Legalisierung die Türe zuschlägt für alle, die noch kommen wollen?

Die Grenzen kann man sowieso nicht schließen. Seit 1974 versuchen die europäischen Staaten ihre Grenzen zu schließen. Solange die grundsätzlichen Probleme der Menschen in den Ländern der 3. Welt nicht gelöst werden, solange Armut, politische Unterdrückung oder Abhängigkeitsverhältnisse weiterexistieren, solange werden die Menschen auch versuchen, in andere Teile der Welt auszuwandern. Die Regularisierung von 140.000 Menschen innerhalb einer Bevölkerung von 60 Millionen ist die einzige Lösung und es würde der viertgrößten Wirtschaftsmacht sicherlich nicht wehtun. Rechte wie linke Regierungen haben versucht, die Gesetze zu verschärfen, aber es hat letztlich nichts bewirkt: die Menschen kommen trotzdem, und selbst wenn sie abgeschoben werden, kommen sie zurück.

Florian

coyote-1, geschlossene und moderierte mailinglist der kampagne „kein mensch ist illegal“ informationen: grenze@ibu.de; <http://www.contrast.org/borders>

Der Mann muß vor Gericht gestellt werden!

Die Zeiten, als Anton Malloth noch der „schöne Toni“ war, sind längst vorbei. Mittlerweile ist er 85 und lebt in einem Altenheim in Pullach bei München. Die Heimkosten werden vom Sozialamt gezahlt. Das ist praktisch. So kann er die Einnahmen aus der Vermietung seines Mehrfamilienhauses in Meran anderweitig verwenden. Sich z.B. dankbar zeigen gegenüber der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“, die sich, vertreten durch Frau Gudrun Burwitz, so rührend um ihn kümmert. Frau Burwitz ist die Tochter des Reichsführers SS Heinrich Himmler. Und die Stille Hilfe kümmert sich um NS-Verbrecher. Solche wie Anton Malloth.

Als SS-Oberscharführer im Gestapo-Gefängnis „Kleine Festung Theresienstadt“ in der Nähe von Prag war „der schöne Toni“ gefürchtet wegen seiner Brutalität. Wegen Beteiligung an der Folterung und Ermordung zahlreicher Häftlinge wurde er nach Kriegsende, am 24. September 1948, vom I. Senat des Außerordentlichen Volksgerichts in Litomerice (CSR) zum Tode verurteilt. Aber da hatte er sich längst abgesetzt, Richtung Westen.

Vierzig Jahre lebte Malloth unbehellig in Meran. Obwohl er auf der Kriegsverbrecherliste der UNO stand und an die

Tschechoslowakei hätte ausgeliefert werden müssen, konnte er sogar problemlos ein Haus in Meran bauen. Auslieferungsanträge der Tschechoslowakei wurden abgewimmelt. Erst 1988 wies die italienische Regierung Malloth aus. Seitdem lebt er, ebenso unbehellig wie vorher, in Pullach. Eine Auslieferung kommt auch für die deutsche Regierung nicht in Frage. Schließlich hat Malloth einen deutschen Paß.

Wie kommt der Mann an den Paß?

Geboren wurde Malloth 1912 in Innsbruck als Österreicher. Aufgewachsen ist er in Schenna bei Meran, Südtirol. 1918 wurde der Erstkläßler zusammen mit Südtirol italienisch. Als Hitler 1938 Österreich „anschloß“, hätte er gern auch Südtirol „heim ins Reich“ geholt. Um Ärger mit Mussolini zu vermeiden, begnügte er sich jedoch damit, daß die Südtiroler ihre Staatsangehörigkeit wählen konnten. Malloth „optierte“ für Nazi-Deutschland und meldete sich zur SS. 1949 widerrief er die Option, wurde wieder als italienischer Staatsbürger geführt (dies wurde noch 1995 vom Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Schenna urkundlich bestätigt). Für die westdeutschen Behörden allerdings blieb er deutsch, bekam – als Italien schließlich

feststellte, als Nazi-Verbrecher habe er kein Recht auf Rückoption gehabt – vom BRD-Generalkonsulat in Mailand anstandslos einen westdeutschen Paß. Und der schützt ihn bis heute vor der Auslieferung.

Alles braucht seine Zeit, sagte der Staatsanwalt nach 27 Jahren „Ermittlung“

Nun könnte man denken, die Justiz dieses Staates habe nach der „Heimkehr“ des Anton Malloth eifrig ihre vielbeschworene Rechtsstaatlichkeit walten lassen und ihn vor Gericht gestellt. Ein Verfahren wegen Verdacht mehrfachen Mordes und anderer Verbrechen war immerhin seit 1970 bei der „Zentralstelle für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund“ anhängig. Doch das Verfahren wurde mehrfach eingestellt – „kein hinreichender Tatverdacht“. Von derselben Staatsanwaltschaft, die es schon in den 60er Jahren nicht schaffte, belastendes Material gegen den Massenmörder Priebeke aus dem Italienischen ins Deutsche übersetzen zu lassen, und ebenfalls die Ermittlungen einstellte. Das skandalöse Verhalten der Dortmunder wird ausführlich in dem Buch „Haus Deutschland oder die Geschichte eines ungesühnten Mordes“ von Peter Finkelgruen beschrieben. Finkelgruen, der herausgefunden hatte, daß sein Großvater 1942 in Theresienstadt von Malloth erschlagen wurde, recherchierte selbst und lieferte der Zentralstelle in Dortmund Material. Das war offensichtlich unerwünscht. Schließlich mußte das Verfahren aber doch wieder aufgenommen werden. Mit der Auswertung von Dokumenten aus Archiven in Prag und der Gedenkstätte Theresienstadt haben es die Dortmunder Staatsanwälte jedoch nicht eilig. Alles brauche seine Zeit, sagt Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, vieles müsse erst einmal übersetzt werden...

Manches erledigt sich auch mit der Zeit. Wie eifrig, nicht nur in Dortmund, sondern auch in München, die Ermittlungen vorangetrieben werden, enthüllt die Antwort des bayerischen Innenministers Günther Beckstein auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Sophie Rieger

(Bündnis 90/Die Grünen) zum Fall Malloth. Unter Punkt 7 hatte Frau Rieger nach dem Fortgang der Ermittlungen und den Aktivitäten der bayerischen Justizbehörden zur Beschleunigung des Verfahrens gefragt. Auf die meisten Punkte erhielt sie gar keine, auf Punkt 7 folgende Antwort:

„Die Staatsanwaltschaft Dortmund führt seit 1970 ein Ermittlungsverfahren gegen Anton Malloth wegen Verdacht des Mordes. Nach Bekanntwerden der Einreise des Anton Malloth am 10.8.1988 in München-Riem wurde hiervon die Staatsanwaltschaft Dortmund informiert. In der Folgezeit wandte sich die



Staatsanwaltschaft Dortmund mehrfach mit Vernehmungssuchen an das Bayerische Landeskriminalamt (BLKA). Das BLKA hat mehrfach versucht, zuletzt am 8.11.1990, eine Vernehmung des Anton Malloth durchzuführen. Die Vorladungstermine wurden jedoch unter Vorlage eines ärztlichen Attestes über die Vernehmungsunfähigkeit des Anton Malloth durch den Rechtsanwalt abgesagt. Letztendlich wurde am 4.3.1996 mit dem Altenheim, in welchem Herr Malloth wohnt, Kontakt aufgenommen, wobei bestätigt wurde, daß sich der Gesundheitszustand des Malloth weder verbessert noch verschlechtert habe. Über alle Ermittlungstätigkeiten hat das BLKA die ermittlungsführende Staatsanwaltschaft Dortmund informiert.“

Das war's dann schon, was über die Aktivitäten der bayerischen Law-and-Order-Beamten zu sagen war. Kein Aufsuchen des immerhin des mehrfachen Mordes Beschuldigten, kein Verlangen nach amtsärztlicher Überprüfung der Vernehmungsunfähigkeit. Ein ärztliches Attest vor sieben Jahren, und hin und wieder ein Anruf im Altenheim, um sich die Fortdauer der Vernehmungsunfähigkeit bestätigen zu lassen, das letzte Mal vor gut anderthalb Jahren. Ja, unter bestimmten Umständen kann auch eine spezifische Zimperlichkeit zur bayerischen Art gehören...

„Versöhnung“ - mit NS-Verbrechern?

In der tschechischen Presse fanden die Anfrage von Frau Rieger und eine ähnliche, die von der grünen Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach an die Bundesregierung gerichtet wurde, erhebliche Aufmerksamkeit. Der (kürzlich zurückgetretene) tschechische Innenminister Jan Ruml und der Senatsvorsitzende Petr Pithart, dessen Vater Häftling in Theresienstadt war, forderten, Malloth endlich vor Gericht zu stellen und - unabhängig von seiner Haftfähigkeit - seine Schuld festzustellen.

Vielen Tschechen, die sich schon im Zusammenhang mit der deutsch-tschechischen Erklärung fragten, was man in Bonn und München denn meint, wenn man „Versöhnung“ sagt, gibt der Fall Malloth erneut zu denken. Was sollen sie von einer Politik erwarten, die von ihnen unerhörte Zugeständnisse verlangt, aber selbst nicht bereit ist, eindeutig gegen die Verbrechen der Nazis Stellung zu beziehen - weder gegen das Münchner Diktat von 1938 und die anschließende Annexion der tschechischen Grenzgebiete („Sudetendeckelung“) durch Hitler-Deutschland noch gegen die Verbrechen derer, die nach der Eroberung der „Rest-Tschechei“ das Land mit Mord und Terror überzogen?!

Und was können sie von uns erwarten? Zumindest, daß wir uns die Forderung, Anton Malloth, den SS-Schergen von Theresienstadt, endlich vor Gericht zu stellen, zu eigen machen und dafür sorgen, daß sie nicht ungehört verhallt.

Renate Hennecke

Ausstellung bei der Mannheimer HEART GALERY

die dinge wieder diskutierbar machen ...

Die Mannheimer HEART GALERY, unter den lokalen Galerien mit irgendwie avantgardistischem Anspruch leider alternativlos, präsentierte im Oktober/November eine ausgesprochene Seltenheit: eine Ausstellung moderner Künstler, die ihre politischen Ansprüche nicht ihren ästhetischen opfern. Annette Weisser und Ingo Vetter, derzeit in Berlin wohnend und arbeitend, präsentierten dort ihre „Mimikry-Objekte“.



Während die *badische Provinz* und ihre Kunst-AktivistInnen sich immer noch zu modern für Politik vorkommen und gerne den „Geruch des Alternativen“ loswerden würden, scheint sich in den Metropolen die Mode mal wieder um ihre eigene Achse gedreht zu haben: linke, sogar linksradikale Themen sind *en vogue* in KünstlerInnenkreisen, vor allem die Stadt und ihre Entwicklung. Die beiden nähern sich „ihren Themen“ allerdings mit einer sympathischen Ernsthaftigkeit. Und es ist schön, Intellektuelle kennenzulernen, die weder mit postmodernen Platinen, noch mit Kunsthandwerk beeindruckend wollen ...

Ausgehend von ökonomischen Entwicklungen - kurz gefaßt Flexibilisierung, Entgarantierung, Veränderungen des Arbeitsbegriffs überhaupt - untersuchen sie die dadurch entstehenden Veränderungen der Architektur, der Stadtplanung und vor allem des Arbeitsalltags. Dabei ist ihr Ansatz fast soziologisch: zuerst die Recherche, dann die Auswertung der gewonnenen Ergebnisse. Erst dann entscheiden sie, ob die geplante Aktion mehr politischen oder mehr künstlerischen Charakter haben wird. Ihre Objekte verstehen sie selbst als Modelle, Nachbauten, die auch so abstrakte Dinge wie beispielsweise gesellschaftliche Mobilität abbilden: als durchaus *freudlose Rollgestelle* aus grauen Metallröhren, Krankenhausbetten für Mutanten nicht unähnlich. Durch diese „Mimikry“ soll das *überwältigend Normale* wieder diskutierbar und kritisierbar gemacht werden. Disparate Elemente wie die Grünpflanzen und die Arbeitsorganisation im Büro, oder auch die chinesische Kulturrevolution und moderne Managementideologien, sollen so wieder „zusammengedacht“ werden können. Ingo Vetter selbst nennt das „die Sachen so zurecht basteln, daß sie wieder kritisierbar sind, und wir nicht nur ohnmächtig davorstehen.“ Und: „Wir wollen, daß sogenannte

ökonomische Sachzwänge als Konstrukt erkannt werden.“

Ihre Beschäftigung mit *Stadt und Architektur* (und dem beliebten Schlagwort „öffentlicher Raum“) ist schon älter als die Kampagne im Sommer dieses Jahres gegen die „Säuberung“ der Innenstädte, an der sie sich allerdings auch beteiligt haben. In der Ausstellung taucht das Thema Architektur in Form von großen Plastikmodellen auf.

Kontakte bestehen auch zur Hamburger Initiative „park fiction“, einem breiten Bündnis für einen Park in St. Pauli. In Köln organisierten sie mit einer Bürgerinitiative gegen die Umstrukturierung ihres Stadtteils einen Rundgang durch das Viertel, bei dem Begriffe wie Gentrification (in etwa: Aufwertung), Deregulierung etc. am praktischen Beispiel vorgeführt wurden. (Ist das keine Idee für lokale Initiativen?). Den Erfolg der *Innenstadtkampagne* insgesamt beurteilt Ingo Vetter zwiespältig: große Medienräsonanz und spärliche Beteiligung. Aber: „Der Erfolg zeigt sich erst ein halbes Jahr später, wenn das immer noch Thema ist.“

Die Festlegung auf entweder Künstler oder politische Aktivisten vermeiden sie bewußt und souverän - auch wenn eine Ausstellung ihrer Objekte für sie eine rein künstlerische Angelegenheit ist. Auf die Frage, ob es denn sinnvoll wäre, Politik nur zu ästhetisieren, antwortet Ingo: „Die Verbindung von Kunst und Politik ist sinnvoll, wenn die Kunst klar in den Dienst gestellt wird ... aber das reicht mir nicht.“ Kritik und Engagement in Gruppen ist ihnen selbstverständlich - auf dem Weg zum organischen Intellektuellen?

Ihr nächstes Projekt wird sich wahrscheinlich in Form einer Videorecherche mit neuen Definitionen von Arbeit beschäftigen: *wer legt eigentlich fest, was Arbeit ist* - und deshalb entlohnt werden muß? Eine spannende Auseinandersetzung ist also zu erwarten.

katz

Linke Winterschule 1997/98 in Schnepfenthal– Wann und wo?

Die Linke Winterschule findet diesmal vom 3. bis 6. Januar 1998 (Samstag 14.00 Uhr bis Dienstag gegen Mittag) statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Wie bisher, doch diesmal zum letzten Mal, findet die Schule in Schnepfenthal (Thüringen) im Hotel Hermannstein, Am Hermannstein 12 statt. Der Ort ist zu erreichen:

- **mit dem Auto** von der A4 Abfahrt Waltershausen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda; in Schnepfenthal nach der Bahnstrasse die Hinweisschilder auf „Hotel Hermannstein“ beachten;
- **mit der Bahn:** entweder umsteigen in Fröttstädt (auf der Strecke Eisenach-Gotha) in den Zug Richtung Friedrichroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof; oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.

Die Tagungsstätte liegt landschaftlich sehr schön. Die Unterbringung erfolgt in Bungalows in Zweibettzimmern. **Die Kosten für die Übernachtung plus Vollpension** betragen **57 DM** (Einzelzimmerzuschlag 8 DM) pro Tag.

Anmeldungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

- **aus den westlichen Bundesländern** bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20; Fax (0 40) 43 18 88 21;

- **aus den östlichen Bundesländern** bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 08549 Gera, Tel. (03 65) 7 10 19 88.

Wir bitten um möglichst schnelle (verbindliche) Anmeldung

Diskussionsstand bei der Vorbereitung des Winterkurses Wirtschaft:

Im Kurs Wirtschaft hatten wir diskutiert, daß der Ablauf so zu gestalten wäre, daß zwar im ganzen ein Zusammenhang gegeben bleibt, aber die einzelnen Veranstaltungen doch auch in sich abgeschlossen sind. Manche Besucherinnen und Besucher können sich nicht für die ganze Zeit freimachen, andere interessieren sich nur für einen Ausschnitt des Angebotes usw. Für den Winterkurs ist bei der Vorbereitung das meiste noch zu tun. Die Vorgabe vom Sommer läuft auf die Bearbeitung zwei miteinander zusammenhängender Themenkreise hinaus.

1. Durch Lektüre und Auseinandersetzung mit Texten anzugehen wäre der Themenkreis Legitimationsideologien des Kapitalismus. Der Unternehmer als gesellschaftliches Leitbild. Texte von Max Weber, Sombart u.a. Im Kontrast dazu: Was ist Klassenbewußtsein. Der Proletarier als gesellschaftliches Leitbild. Texte von Lenin, Lucas u.a.

2. Sozialistische Politik und wirtschaftliche Interessen in der heutigen Gesellschaft. Dabei sollen Phänomene wie die „neue Selbständigkeit“, die „Scheinselbständigkeit“ zur Sprache kommen. Besonders wollen wir uns darum bemühen, mit Repräsentanten des „Wirtschaftsflügels“ der PDS ins Gespräch zu kommen über Fragen wie Kapitalunternnehmern, Genossenschaftswirtschaft, Tarife, Betriebsverfassung.

Da wir zu diesem zweiten Punkt Gäste haben wollen, kommen muß das an den Wochenendtagen verhandelt werden, der Lektüreteil daran anschließend.

Eine genauere Planung wird in der nächsten Woche per Faltblatt bzw. auf Anfrage bekanntgemacht (über GNN Hamburg, s.o.) *maf*

Projektbeschreibung: AG Geschichte: Im Winterkurs wollen wir uns mit Teilen der Studie Hannah Arendts „Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft“ auseinandersetzen, einer Schrift, die als theoretisches Fundament der Totalitarismustheorie gilt (Taschenbuchausgabe: Piper, 5. Auflage, Okt. 96, 1015 S., 39,90DM). Dem Kurs schlagen wir vor, gemeinsam Kapitel 13: „Ideologie und Terror: eine neue Staatsform“ zu lesen und zu erörtern. Beiträge (Kurzdarstellungen, Inhaltsangaben, Aufsätze) zu den Kapiteln 10-13 liegen bereits vor und werden bei Anmeldung zugestellt.

Zum Winterkurs werden weitere Vorträge erarbeitet: 1. Inhalte und Verlauf der Stachanov-Bewegung (nachholende Industrialisierung/Rekrutierungs- und Mobilisierungsstrategien Krisenmanagement und Verschwörungstheorie/sozialer Aufstieg und Loyalität). 2. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930 - 41 (Kollektivierungsmethoden, die Kategorie des „objektiven Gegners“ am Beispiel des Kulaken, das bolschewistische Bild vom Bauern, das Verhältnis von ideologischer Prämisse und Realität). 3. Probleme der Analogiebildung am Beispiel des Vergleichs von KZ-System und Gulag / von Tscheka und Gestapo, SS. 4. Überlegungen zum „Menschentyp“ der totalen Herrschaft. Die Umkehrung des Verhältnisses von Theorie und Praxis als Wesenszug totaler Herrschaft. 5. Der Entstehungsprozeß des Buches (1951 in englischer Sprache: The Origins of Totalitarianism; 1955 auf deutsch „Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft“). Überblick zur Rezeptionsgeschichte im Kalten Krieg.

Jörg Detjen, Martin Zeis

AG Philosophie

In der Legitimation der gesellschaftlichen und politischen Verfassung der BRD spielen zwei Argumente eine zentrale Rolle: Freie Vergesellschaftung der Menschen sei nur möglich auf Basis des Rechts, das Recht habe nur Bestand in und durch den Rechtsstaat. Eine frühe theoretische Entwicklung dieser Argumente findet sich in der Rechtsphilosophie von Hegel. Das Recht und damit die Bedingung für Freiheit zu beseitigen und Unrecht zu installieren, ist das Kardinalargument bürgerlicher Kritik des Sozialismus und Kommunismus. Eine wirksame Kritik dieser Legitimation der Herrschaft von Menschen über Menschen ist bisher nicht gelungen. Die Beschäftigung mit der Hegelschen Rechtsphilosophie scheint uns notwendig, um die Wirkungsweise der bürgerlichen Argumentation zu begreifen und eine Kritik daran entwickeln zu können. Als Textgrundlage für die AG schlagen wir Auszüge aus den Grundlinien der Philosophie des Rechts vor, die gemeinschaftlich gelesen und diskutiert werden sollen. Die Fassungen von Rousseau und Kant, auf die Hegel sich kritisch bezieht, werden eingangs zusammengefaßt. Ein Vorschlag für die Textauswahl und weitere Lektüreempfehlungen werden noch ausführlicher mitgeteilt. *chf*

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 07 11/ 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 07 11/ 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart